

AL

DUPLICATE
HOOVER LIBRARY

LIBRARY
JAN 11 1956
UNIVERSITY OF CALIF. BERK.

HOOVER
LIBRARY

Die Kommunistische Internationale

1927 / HEFT 15

BERLIN, DEN 12. APRIL

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

AUS DEM INHALT

Nach Nanking / I. T. Murphy: Die chinesische Revolution und Indien
Viktor Demar: Amsterdam und das Proletariat des Ostens und der Kolonien
Kjai Samin: Der Aufstand auf Java und Sumatra / Mischke: Zur Frage
des Garantievertrags zwischen der USSR und Lettland / Bücher- und
Zeitschriftenschau

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind zu richten an die Adresse des Verlages.

VIII. Jahrgang 1927
HEFT 15 12. APRIL

I N H A L T

Nach Nanking	713
Murphy: Die chinesische Revolution und Indien	721
Demar: Amsterdam und das Proletariat des Ostens und der Kolonien	724
Bosse: Die Lage im amerikanischen Kohlenbergbau	730
Samin: Der Aufstand auf Java und Sumatra	736
Mischke: Zur Frage des Garantievertrags zwischen der USSR und Lettland	745
M.: Connolly und der Osteraufstand in Irland	752
Mitzkewitsch-Kapsukas: Zeitschriften	755
H. G.: Die Gesellschaft	759

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband	0,40
Postabonnement monatlich	1,—
Per Kreuzband monatlich	1,25
Postabonnement Quartal	3,—
Ausland: Sowjet-Union	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten	2 Dollar

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

NACH NANKING

Die englische Zensur trifft die entschiedensten Maßnahmen, um den breiten Massen die Wahrheit über die Zerstörung Nankings vorzuenthalten. Es muß festgestellt werden, daß dieses Manöver bisher vollkommen erfolgreich gewesen ist. In den ersten Tagen nach der Massenausrottung der wehrlosen chinesischen Bevölkerung Nankings standen weite Kreise des englischen Volkes unter dem Eindruck, in Nanking hätten gewisse bedauerliche Vorgänge stattgefunden, die von beiden Seiten, hauptsächlich jedoch von seiten der Engländer und Amerikaner, Opfer gefordert hätten. Augenscheinlich sind die herrschenden Klassen Englands durchaus nicht sicher, daß die zur Rechtfertigung ihrer beispiellos grausamen Missetat von ihnen in Umlauf gebrachte Version die wirkliche Zustimmung der breiten Volksmassen finden wird. Den Zeitraum, der ihnen bis zur Aufdeckung der verheimlichten Wahrheit verblieben ist, benutzen sie dazu, das Land auf die Tatsache vorzubereiten, daß man den Uebergang zu kriegerischen Maßnahmen von großem Umfang gemacht habe.

Die darauf abzielende Bearbeitung der öffentlichen Meinung begann sofort nach der Einnahme Schanghais. Der Zeitraum zwischen dem Schanghaier Sieg und dem Nankinger Bombardement wurde dazu ausgenutzt, um das Land von der Notwendigkeit entschiedener Maßnahmen und grausamerer Kampfmethoden gegenüber der siegreichen chinesischen Revolution zu überzeugen.

Heute erübrigt es sich wohl, zu beweisen, daß der Ueberfall auf Nanking eingehend und allseitig vorbereitet gewesen ist. Er war für niemand eine Ueberraschung. Der überzeugendste Beweis dafür ist zweifelsohne der Aufruf der Schantunger, der kurz vor dem Bombardement Nankings unter der Bevölkerung der Stadt verbreitet wurde. Die Schantunger, die die ganze Zeit die Verbindung mit den Imperialisten bewahrt hatten, sagten in diesem Aufruf:

„Die Großmächte werden die Einnahme Nankings durch die Kantonesen nicht zulassen. Die Einnahme Nankings bedeutet seinen Untergang. Die Kanonen der Kriegsschiffe sind auf die Stadt gerichtet.“

Die Voraussage der Schantunger hat sich vollkommen bestätigt. Die Einnahme Nankings zog tatsächlich den massenhaften Untergang seiner Bevölkerung und die Zerstörung dichtbevölkerter Stadtteile nach sich. Die Kanonen, von denen die Schantunger gesprochen hatten, spien tatsächlich ihr tödliches Feuer und verzeichneten durch dieses Feuer in dem Buch der Geschichte den Beginn eines neuen großen Krieges.

Die militärischen Umstände gewähren ein strategisches Bild von der Zerstörung Nankings, aber diese Erklärungen allein genügen natürlich nicht. Die furchtbare militärische Front hätte leicht, ohne die grausame und barbarische Zertrümmerung einer der chinesischen Hauptstädte, ihr Kriegsziel erreichen können. Die Art und der Umfang dieses Pogroms veranlassen uns, die Beschießung Nankings als Rache für Schanghai, als einen

Versuch anzusehen, durch kriegerische Maßnahmen in weiten Ausmaßen dem Vordringen der chinesischen Revolution Einhalt zu gebieten.

Bereits in den ersten Stunden nach dem Sieg von Schanghai begann die englische Presse die politische Vorbereitung des Angriffs auf die chinesische Revolution. Diese Vorbereitung wurde frech und mit zynischer Offenheit organisiert. Die englische Presse nannte die Dinge offen bei ihrem Namen.

Der Schanghaier Berichterstatter des dem Außenministerium nahestehenden „Daily Telegraph“ schickte am Montag, den 21. März, um 2 Uhr 30 Min. an seine Zeitung einen Drahtbericht über Plünderungen und Gewalttaten, begangen durch die Kantonesen. Aber er beruhigte seine Landsleute durch die Mitteilung, daß in den Settlements der Ausnahmezustand proklamiert sei, und betonte freudig, daß den fremden Truppen nun auch 1500 amerikanische Matrosen zugehörten, die zum erstenmal an Land gegangen seien, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Nach einigen Stunden machte derselbe Korrespondent die freudige Mitteilung, daß es in den Settlements keine Zivilpersonen mehr gebe, da alle jetzt Militärkleidung trügen. Gleichzeitig fügte er hinzu, daß in Schanghai selbst 20 000 Ausländer verschiedener Nationalität von 1 500 000 „irrsinnigen Chinesen“ umzingelt seien.

Der Berichterstatter gibt von der Stimmung dieser Ausländer folgende Schilderung:

„Die ganze Nacht hindurch wird unsere ungeheure Front von zahlreichen Soldatentrupps bewacht, die sich hinter den Drahtverhauen aufhalten in der Hoffnung, daß irgend jemand sie angreifen werde, da sie der Anstrengungen müde sind, die militärischen Banden durch friedliche Ueberredung zurückzuhalten. Ich kann mir nicht vorstellen, daß andere Truppen eine ebensolche Geduld bewiesen hätten wie unsere Soldaten.“

Dieser kunstvollen Beschreibung der Hoffnungen und Erwartungen der englischen Truppen fügt der Verfasser prophetisch folgendes hinzu:

„Es besteht kein Zweifel, daß im Laufe dieser Woche unerfreuliche Ereignisse eintreten werden.“

Wir brachten nur einige aufs Geratewohl herausgegriffene Zitate aus diesem Bericht im „Daily Telegraph“ vom 22. März. Zwei Tage später finden wir einen ausdrucksvolleren Bericht in den „Times“. Der Berichterstatter dieser ernstzunehmenden englischen Zeitung spart nicht die Farben in der Schilderung des Chaos, das angeblich außerhalb der Niederlassungen herrscht. Er schildert die aufständischen Schanghaier Arbeiter als Hooligans und Plünderer.

Der Berichterstatter weiß, daß innerhalb Englands die „Times“ als Regierungsorgan betrachtet werden. Dieses Blatt pflegt nicht einfach zu rasonieren, sondern vorzuschreiben, und der Korrespondent fordert Beischung-schi auf, in 24 Stunden gegen die Schanghaier Arbeiter dieselben Methoden anzuwenden, deren sich seine Vorgänger im Kampfe gegen die chinesische Revolution bedienten. Und diese Aufforderung schließt mit dem Ultimatum:

„Wenn er die Fortdauer der Terrorisierung gestattet (unter Terrorisierung wird augenscheinlich der Generalstreik verstanden), dann wird dies bedeuten, daß er entweder

ihr Mitschuldiger ist, oder daß er unfähig ist, sie zu unterdrücken. Im Laufe der nächsten 48 Stunden wird es sich offenbaren, ob ein friedlicher Ausweg möglich ist (gesperrt von uns).“

Es sei nur noch bemerkt, daß diese Korrespondenz nur 30 Stunden vor der Beschießung Nankings geschrieben wurde und mit einer kleinen, aber vielsagenden Anmerkung der Redaktion versehen war:

„Eine Mitteilung über die Anzahl der in Schanghai und anderen Teilen Chinas befindlichen Kriegsschiffe findet der Leser auf der zweiten Seite.“

Den „Times“ sei gesagt, daß wir die Notiz gefunden haben, und daß sie uns über die Nankinger Tragödie völlige Aufklärung gegeben hat.

Es versteht sich von selbst, daß die Vorbereitungen für die Zerstörung Nankings schon lange vor dem Schanghaier Siege begonnen haben. Als das Unterhaus der konservativen Regierung aus Anlaß der Truppenentsendung nach China seine Glückwünsche darbrachte, gab es eben dadurch der abgehenden Armee seinen Segen zu den Heldentaten, die am Jangtsekiang ihren Anfang nahmen. An diesem Tage — es war der 16. März d. J. — schloß die Labour Party sich diesen Segenswünschen an, wie das kommunistische Blatt „Workers Life“ mit Recht feststellte:

„Die Macdonald und Clynes teilen mit den Konservativen die Verantwortung dafür, daß englische und chinesische Arbeiter in dieser Woche in Schanghai ihr Leben lassen mußten.“

Die englischen Kommunisten waren sich dessen klar bewußt, daß ein Gewitter heraufzieht und daß „die Kriegsgefahr heute ernster denn je ist.“ Die Labour Party jedoch verstärkte diese Gefahr, indem sie den Henkern des chinesischen Volkes freie Bahn gab.

Der 16. März ist ein historisch bedeutsamer Tag für die Vorbereitung des großen Krieges gegen die chinesische Revolution. Unbezweifelbar ist es indessen, daß der Schanghaier Sieg des entscheidende Ereignis war, das die Beschießung Nankings nach sich zog. Noch in den auf die Einnahme Schanghais folgenden Tagen sagte Baldwin in Beantwortung einer Anfrage, daß die Regierung seiner Majestät den Kontakt mit der Volksregierung in China aufrechterhalte. Es unterliegt indessen keinem Zweifel, daß die englischen Imperialisten nicht nur der strategischen, sondern auch der sozialpolitischen Bedeutung des Schanghaier Sieges voll und ganz Rechnung tragen. Vor dem Schanghaier Siege setzten nicht nur Macdonald, der Miles Lampson und O'Malley für vorzügliche Diplomaten erklärte, sondern auch die Regierungskreise Englands ihre Hoffnung in die Tätigkeit ihrer Beauftragten zur Zersetzung der Kuomintang, zur Stärkung ihres rechten Flügels und zur Vorbereitung eines Abkommens zwischen den rechtsstehenden Elementen der Kuomintang und den nördlichen Militaristen, den Agenten des Weltimperialismus. Der Schanghaier Sieg versetzte diesen Hoffnungen den härtesten Schlag: die englischen Imperialisten bringen der Bedeutung des Sieges der nationalrevolutionären Bewegung volles Verständnis entgegen. Ebenso gut begreifen sie, daß der Schanghaier Sieg, das Ergebnis der aufeinander abgestimmten Tätigkeit des aufständischen Schanghaier Proletariats und der vorrückenden Kantonarmee, den sozialpolitischen Charakter der chinesischen revolutionären Bewegung auf das stärkste verändert. Alle Berichterstatter der englischen Presse betonen ausnahmslos bei der Darstellung der Schanghaier Ereignisse die Rolle und die Bedeutung des Schang-

haier Sieges, und zwar vom Standpunkt des verstärkten Einflusses der Kommunisten und der Festigung des linken Flügels innerhalb der Kuomintang.

Schon die Beschlüsse des Kuomintangplenums am Vorabend des Schanghaier Sieges riefen im Lager der Imperialisten ernstliche Beunruhigung hervor. Aber die Imperialisten sind Männer der Tat. Sie sind nicht gewohnt, etwas auf Worte und Beschlüsse zu geben. Sie ließen die Möglichkeit zu, daß bei einem für sie günstigen Umschwung der Ereignisse Tschang-Kaischek sich unschwer von seinen Erklärungen und von der Kuomintang lossagen und sich auf die Seite der Imperialisten stellen wird. Schanghai verstärkte jedoch diejenigen sozialen Elemente in der Bewegung, die nicht nur das Kompromiß unmöglich machen, sondern auch die Ueberleitung der gesamten chinesischen revolutionären Bewegung in neue Bahnen gewährleisten. Eben deshalb muß die Zerstörung Nankings nicht nur als strategische Unterstützung der Schantunger, sondern auch als Racheakt für den Schanghaier Sieg angesehen werden.

Bisher war die Rede nur von England. Wir übersehen jedoch keineswegs die Tatsache, daß bei der Zerstörung Nankings die militärische Leitung in den Händen der Vereinigten Staaten lag. Die Zusammenarbeit Amerikas mit England bei der Bekämpfung der chinesischen Revolution stellt einen neuen Faktor dar, der die größte Beachtung verdient.

Bis zum Schanghaier Siege nahm die amerikanische Presse eine abwartende Haltung ein. Sehr gewichtige und einflußreiche Presseorgane gestatteten sich den Luxus, die Entwicklung der nationalrevolutionären Bewegung beifällig zu schildern und von Zeit zu Zeit sogar die terroristischen Handlungen der nördlichen Militaristen kritisch zu würdigen. Die Haltung dieser amerikanischen Blätter war durchaus verständlich. Der amerikanische Imperialismus war vor allem an der Niederlage Englands interessiert. Er hoffte, daß Amerika im Falle einer Niederlage des englischen Imperialismus mit Leichtigkeit England ersetzen und in China durch die „offene Tür“ eindringen wird, durch die die Einflußsphären liquidiert werden, deren Verteilung unter die einzelnen Mächte vorgenommen wurde, noch ehe Amerika eine imperialistische Macht geworden war.

Die Stellung Amerikas in bezug auf den Kampf in China gemahnte deutlich an seine Stellung im Weltkrieg bis zum Beginn des Jahres 1917. In den ersten Kriegsjahren hielt es sich abseits, wärmte sich am Weltenbrände und verwandelte das Blut der europäischen Arbeiter und Bauern in klingendes Gold, das allmählich und systematisch aus Europa nach Amerika hinübergeleitet wurde. In zwölfter Stunde trat Amerika in den Krieg ein, um seine Positionen zu festigen und seine Weltherrschaft aufzurichten. Der amerikanische Imperialismus rechnete darauf, die gleiche Taktik den chinesischen Ereignissen anzupassen. Er hoffte, mit Hilfe zuckersüßer Redensarten allmählich im chinesischen Wirtschaftsleben festen Fuß zu fassen und in aller Stille eine Position nach der anderen zu besetzen, die England infolge der Entwicklung der chinesischen revolutionären Bewegung aufgeben mußte.

Schanghai rief indessen im Verhalten der herrschenden Klassen Amerikas zur chinesischen Revolution ernstliche Veränderungen hervor. Im Schanghaier Sieg erblickten sie mit Recht eine machtvolle und siegreiche Heraus-

forderung an die Adresse nicht nur des englischen Imperialismus, sondern des Imperialismus überhaupt. Der Schanghaier Sieg offenbarte im wesentlichen die Möglichkeit, ein wahrhaft geeintes und freies China zu schaffen, das andere, und keinesfalls kapitalistische Wege geht. Das rote Gespenst von Schanghai verhalf den Engländern dazu, Amerika für sich zu gewinnen, um die chinesische Revolution zu bekämpfen.

Aber auch heute kann nicht von einer vollkommene Einmütigkeit der herrschenden Klassen in Amerika die Rede sein, und zwar sowohl in bezug auf die Beschießung Nankings als auch in bezug auf die Fragen, die mit der allmählichen Entwicklung der chinesischen revolutionären Bewegung in Zusammenhang stehen. Die amerikanische Presse bietet nach den Nankinger Ereignissen ein sehr bunt zusammengewürfeltes Bild, obwohl an die Adresse des chinesischen „Mobs“ überhaupt und der chinesischen Revolutionäre im einzelnen immer öfter und eindringlicher scharfe Stimmen laut werden.

Bisher kennen wir noch nicht den Charakter und die Bedingungen des zwischen dem englischen und amerikanischen Imperialismus getroffenen Abkommens. Wir erkennen klar, weshalb England aus allen Kräften bemüht war, die Verantwortung für den militärischen Kampf gegen China mit anderen Mächten zu teilen. Die Gutheißen der Labour Party für die Henkertätigkeit gegen die chinesische Revolution ist von ungeheurer politischer Bedeutung. Aber die Herren Baldwin und Chamberlain wissen sehr gut, daß die Macdonald und Thomas keineswegs die Wünsche und Stimmungen der Arbeitermassen repräsentieren. Sie sind sich nach wie vor der realen Kraft bewußt, die hinter der Erklärung von Cook steht, daß die Bergleute imstande sind, den Krieg der konservativen Regierung gegen das chinesische Volk mit einem Kriege gegen die konservative Regierung zu beantworten. Unter diesen Bedingungen und diesen Umständen ist es nicht nur schwierig, sondern unmöglich, einen großen Krieg anzufangen. Es ist klar, daß England um jeden Preis gezwungen war, einen zuverlässigen Teilhaber zu suchen. Noch vor der Beschießung von Nanking fand sich ein solcher in der Person Mussolinis, des „furchtlosen Freundes“. Aber dieser furchtlose Freund hat seine eigenen Ambitionen und Interessen und kann zudem keine große Hilfe gewähren. Ein Teilhaber in der Person der Vereinigten Staaten ist gewiß von größerer Bedeutung und von höherem Wert.

Noch kennen wir nicht den Preis, den England seinem neuen Helfershelfer gezahlt hat. Unbezweifelbar ist es indessen, daß die gemeinschaftliche Aktion der USA und Englands im Kampfe gegen das wehrlose Nanking noch nicht den Anfang eines Dauerbündnisses bedeutet. Noch haben diese zwei Mächte in China entgegengesetzte Interessen. Andererseits darf jedoch die ungeheure Bedeutung des einenden Faktors nicht übersehen werden, nämlich des sozialpolitischen Charakters der neuen revolutionären Etappe in China.

Der Wiederhall der gemeinsamen Aktion Englands und der USA im Kampfe gegen China macht sich bereits in einer Reihe europäischer Länder bemerkbar. Besonders kennzeichnend ist in dieser Hinsicht die deutsche Presse. Die erdrückende Mehrheit der deutschen Zeitungen schildert die Nankinger Ereignisse im Londoner Stil. Am kennzeichnendsten ist es, daß

die deutsche bürgerliche Presse, mit Einschluß des „Vorwärts“, dem Beispiele Londons folgt und ihren Lesern alle Schrecknisse vorenthält, die durch die Beschießung der Stadt verursacht wurden.

Die Haltung der französischen Presse unterscheidet sich wenig von der deutschen Zeitungen. Nur die „Humanité“ bringt eine Darstellung aller Einzelheiten des Nankinger Bombardements. Alle anderen Blätter behandeln die Beschießung nur als bedauerlichen Vorfall. Es muß angenommen werden, daß die gesamte bürgerliche Presse aller Länder die Einheitsfront der angloamerikanischen Imperialisten unterstützt, deren Ziel es ist, mit Hilfe der Flotte das Rad der chinesischen Revolution zurückzudrehen. Um dem Leser ein klares Bild davon zu geben, wie die europäische Presse den Nankinger Ueberfall schildert, bringen wir hier einen kurzen Leitartikel des „Manchester Guardian“ vom 25. März. Wir wählen den „Manchester Guardian“, weil diese Zeitung den Ruf eines althergebrachten liberalen und objektiven Organs genießt, das sich von Zeit zu Zeit die Freiheit nahm, gegen die Politik Baldwins in bezug auf China aufzutreten:

„Die Geschichte der Nankinger Ereignisse ist verwickelt, und es kann noch nicht mit vollkommener Sicherheit gesagt werden, wie ihr Ausgang sein wird; aber vieles von dem Vorgefallenen kann wieder gutgemacht werden. Die Nordarmee zog sich ebenso wie aus Schanghai eilig und in Verwirrung zurück. Die Nordtruppen plünderten beim Abzug, und die Vorhut der Kantonesen begann beim Einzug in die Stadt zu plündern. Die in Nanking lebenden Ausländer sammelten sich auf einer Anhöhe in der Nähe des nördlichen Stadttors; wir wissen nicht, ob sie es taten, um dort zu bleiben, bis die disziplinierten Kantontruppen in die Stadt eingezogen sein und die Ordnung wiederhergestellt haben werden, oder um die Möglichkeit abzuwarten, auf die Schiffe gebracht zu werden, die im Flusse ankerten. Doch wurden sie von Truppen beschossen, die von den Chinesen als „irregulär“ bezeichnet werden, und einige Ausländer wurden getötet. Für „irreguläre“ Truppen sind Gewehre eine ungewöhnliche Ausrüstung, aber es ist in China schwierig, eine Grenze zwischen regulären und irregulären Truppen zu ziehen; auch ist es gut möglich, daß das „Reguläre“ der Truppen hauptsächlich von ihrer Geneigtheit abhängt, in dem einen oder anderen Moment den Anordnungen ihrer Vorgesetzten Folge zu leisten. Wie dem auch sei, soweit die Ausländer in Gefahr waren, stellten die Kommandeure der im Flusse ankern den englischen und amerikanischen Kriegsschiffe die ultimative Forderung, daß die Ausländer unversehrt auf die Schiffe zu verbringen seien, im gegenteiligen Fall sollte das Bombardement auf die Stadt eröffnet werden. Während die Ausländer der Beschießung ausgesetzt waren, bombardierten die Kriegsschiffe diejenigen Stadtteile, aus denen auf die Ausländer geschossen wurde, und ließen Truppen landen, denen es — wiewohl unter Schwierigkeiten — gelang, die Ausländer aus ihrer gefährlichen Lage zu befreien. Man kann und darf hoffen, daß sich bereits alle Ausländer in Sicherheit befinden. Die Führer der Kantonarmee sind ebenso wie die Kantonregierung zweifellos bereit und bemüht, den Ausländern ihre Sicherheit zu gewährleisten. Es ist nur traurig, daß sie nicht nur nicht die mit ihnen vorrückenden Hilfstruppen, sondern auch nicht — wie zu befürchten steht — die ihnen anscheinend gehorsamen Elemente fest in der Hand haben.“

Dieser Leitartikel bedarf keiner Erläuterungen. Die Tatsachen sind hier so ausgewählt, daß die Beschießung als unangenehme und grausame Notwendigkeit erscheinen muß. Dennoch ist dieser Artikel, ebenso wie die gesamte europäische Presse, in folgender Hinsicht kennzeichnend und interessant. Es ist für niemand ein Geheimnis, daß der heutige englische Staat trotz der hohlen Phrasen der Herren Pazifisten, die ihn als einen Bund freier Republikaner darzustellen versuchen, durch Blut zusammengehalten wird.

Massenhafte Ausrottungen der „Eingeborenen“ sind eine gewöhnliche Erscheinung in der Geschichte des Reiches. Die Formen und Methoden dieser

Ausrottungen waren sowohl von den Umständen als auch von dem jeweiligen Stand der Kriegstechnik bedingt. Aber der englische Imperialismus, wie der Imperialismus im allgemeinen, unterdrückt nach wie vor die schwachen Völker, und zwar vor allem mit Hilfe der Waffen, die angewandt werden, um Massenaktionen der unterjochten Völker auf das Grausamste niederzuschlagen. Dennoch war die europäische, vor allem aber die englische Presse genötigt, sich in bezug auf die Resultate des Bombardements in Schweigen zu hüllen. Dies bedeutet, daß es den Imperialisten unter den gegenwärtigen Umständen schwer fällt, für ihre Politik in bezug auf China die Unterstützung der breiten Massen zu gewinnen. Die Imperialisten sind sich dessen bewußt. Daraus ergibt sich ihre wilde Wut, die sich vor allem gegen die Sowjetunion und gegen die internationale Arbeiterbewegung richtet. Alle gegen China gerichteten Aeußerungen der englischen Presse sind mit wütenden Angriffen auf die Sowjetunion und die kommunistische Bewegung verflochten und durchsetzt. Alle Schanghaier Berichtersteller halten es für ihre Pflicht, sich über den ausschließlichen Einfluß Borodins zu verbreiten und immer und überall den Einfluß der Sowjetunion auf die chinesische Revolution und die Sympathien der chinesischen Revolution für die Sowjetunion zu unterstreichen.

Wie verhielt und verhält sich die europäische Arbeiterbewegung in bezug auf die chinesische Intervention im allgemeinen und in bezug auf den Beginn des großen Krieges im besonderen?

In unseren Presseorganen ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die II. Internationale von einer aktiven Hilfeleistung für die chinesische Revolution Abstand genommen habe. Wir kennen auch die Tätigkeit der größten Organisationen der II. Internationale. Die Labour Party sanktionierte tatsächlich die Kriegshandlungen der Besatzungstruppen in China. Die deutsche Sozialdemokratie, repräsentiert durch den „Vorwärts“, redet den deutschen Arbeitern ein, daß die chinesische Revolution nicht ihre Sache sei. Die französischen Sozialisten halfen Poincaré im Moment der Vorbereitungen für die Nankinger Beschießung, ein Mobilisierungsgesetz zur Annahme zu bringen, das der Regierung die Möglichkeit gewährt, nicht nur die Mobilisierung der gesamten Bevölkerung durchzuführen, sondern auch alle revolutionären Organisationen, die sich dem Kriege widersetzen könnten, ihrer Führer zu berauben.

Wir besitzen heute ein außerordentlich interessantes Dokument, das das Verhalten der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale gegenüber der chinesischen Revolution kennzeichnet*. Die Vertreter der chinesischen Gewerkschaften besuchten Oudegeest, um von ihm zu erfahren, was die Amsterdamer Internationale zu tun beabsichtige, um dem chinesischen Proletariat zu helfen. Die Amsterdamer gaben zur Antwort, daß sie nicht beabsichtigen, eine Delegation zu entsenden, solange China noch nicht befriedet sei.

Trotz der Stellungnahme der II. Internationale, der Amsterdamer Gewerkschaftsbewegung und aller Reformisten in bezug auf China haben wir allen

* Siehe den untenstehenden Aufsatz des Genossen Demar „Amsterdam und das Proletariat des Ostens und der Kolonien“.

Grund, von den wachsenden Sympathien der Arbeiterklasse für die chinesische Revolution zu reden. Diese Sympathien sind noch nicht organisatorisch erfaßt und haben in vielen Ländern noch keine bestimmte Form angenommen. Aber die ersten Versuche der Kommunistischen Parteien, die Arbeiterbewegung zum aktiven Kampf gegen die imperialistische Intervention aufzurufen, zeigen, daß die Parole zur Unterstützung der chinesischen Revolution in den proletarischen Massen einen lauten Widerhall findet. Für die Kommunistischen Parteien war die Zerstörung von Nanking nichts Unerwartetes. Wir brachten bereits vorstehend eine Äußerung des englischen kommunistischen Blattes über die wachsende Kriegsgefahr. Ziehen wir die Dokumente anderer Kommunistischer Parteien in anderen Ländern zu Rate, dann sehen wir, daß die Kommunistischen Parteien durchaus darauf vorbereitet sind, daß der Kleinkrieg gegen China infolge der Entwicklung der chinesischen Revolution und infolge der sozialen Kristallisierung des Charakters dieser Revolution sich in einen großen Krieg nicht allein gegen China, sondern auch gegen die Sowjetunion verwandeln wird.

Im Aufruf des 11. Parteitags der KPD heißt es:

„Niemand seit 1914 war die Kriegsgefahr größer als heute. . . . Bereitet euch überall im ganzen Reich, vor allem in der chemischen Industrie und im Bergbau, in den Metallwerken und Verkehrsbetrieben, darauf vor, die kommende Kriegsfront zu erschüttern und zu durchbrechen.“

Das Manifest betont, daß der imperialistische Krieg das Ziel verfolgt, die Sowjetunion, den einzigen proletarischen Staat in der Welt, zu vernichten und die chinesische Revolution zu liquidieren.

Im Manifest der KPF heißt es:

„Der Friedensweg führt über den unentwegten Beistand zu Sowjetrußland, das den Sozialismus aufbaut, und über den Sieg der chinesischen nationalen Revolution, der das Proletariat ohne Schonung seiner Kräfte dadurch beistehen muß, daß es ihre Klassenaktionen unterstützt.“

Dieses Manifest spricht ebenso wie der Aufruf der KPD von der nahenden Gefahr eines großen Krieges, der aus allen Kräften bekämpft werden müsse.

Der Grundgedanke des Manifestes der KPF wurde in einer ungeheuren Massenversammlung am 22. März dargelegt, die, nach einem Geständnis der französischen Presse, sowohl an Teilnehmerzahl als an Enthusiasmus mit den grandiosen Meetings des Jahres 1920 zu vergleichen ist. In dieser Volksversammlung begrüßte die vieltausendköpfige Arbeitermasse mit stürmischem Beifall die Erklärung Semards, daß die Kommunistische Partei sich durch nichts abhalten lassen wird, die bewaffneten Massen gegen die Regierung anzuführen, den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg zu verwandeln und die ganze Macht den Bauern, Arbeitern und Soldaten zu übergeben.

Es muß gleichzeitig festgestellt werden, daß zu derselben Zeit, da die Imperialisten bereits zur Tat übergegangen sind, in Europa noch keine konkreten, greifbaren Aktionen der Arbeiterklasse zum tatsächlichen Kampf gegen die Imperialisten und zum entschiedenen Beistand für die chinesische Revolution zu bemerken sind.

Es dünkt uns, daß man heute mehr denn je dessen eingedenk sein muß, daß mit Worten, Parolen und schönen Gesten der wirkliche Krieg nicht aufzuhalten ist. Mehr noch, unter den gegenwärtigen Umständen sind Massenaktionen das allein zuverlässige Agitationsmittel. Der Imperialismus be-

dient sich aller Mittel, um die breiten Massen zu verblenden. Ihn unterstützen dabei die Sozialdemokraten und die pazifistischen Hohlköpfe. Diesen Handlangern des Imperialismus muß natürlich erbarmungslos die Maske abgerissen werden. Aber Enthüllungen allein genügen nicht. Wenn es wahr ist, daß das Nankinger Bombardement der Anfang eines großen Krieges ist — und es ist unbedingt wahr —, so muß die Arbeiterklasse heldenhafte Anstrengungen machen, um wirklich mit der Organisation des Krieges gegen den Krieg zu beginnen.

J. T. MURPHY:

DIE CHINESISCHE REVOLUTION UND INDIEN

Nicht nur die Tatsache, daß Großbritannien mehr als 60 Millionen Pfund Sterling in Schanghai angelegt hat, macht die britischen Imperialisten zu Todfeinden der vorwärtsstürmenden chinesischen Revolution. Die Südwestgrenzen dieser Revolution stoßen auf die Nordostgrenzen des indischen Reiches. Innerhalb der Grenzen dieses Reiches wurden 350 Millionen Menschen viele Generationen hindurch durch den britischen Imperialismus, der jetzt wegen der Aussichten der Wirkungen einer siegreichen chinesischen Revolution so verstört ist, in Unterjochung gehalten. Ein Artikelschreiber in der „Empire Review“ sagt in einem Artikel über „Die indische Swaraj-Partei und die Weltpolitik“ dazu folgendes:

„Ein mächtiges China, das sich von den Grenzen Burmas bis zum Stillen Ozean erstreckt, wie dies der Fall ist, kann leicht eine Bedrohung Südasiens werden.“

Dies ist noch eine milde Ausdrucksweise. Lord Meston, ein ehemaliger Gouverneur in Indien, sagt sein Sprüchlein schon anders her. In einem Artikel, der mehr als drei Spalten des konservativen Blattes „Sunday Express“ beansprucht, sagt er, in Betrachtung des Uebergangs von Schanghai in die Hände der Kräfte der nationalen Revolution:

„Wenn Schanghai fällt, wird das nicht Schanghai allein sein, was wir verloren haben. In der gesamten Welt des Ostens würde eine solche Katastrophe nur eine Ausdeutung finden, nämlich die, daß die Zivilisation des Westens durch den Nationalismus des Ostens geschlagen worden sei.“ Und weiter sagt er: „Jeder Schnitzer, jedes Zögern, jede Schwäche auf unserer Seite wird in ganz Asien weitergeflüstert und schwächt unsere ganze Stellung im Osten.“

Er ist besonders um Indien besorgt, denn hier herrsche ein beständiger Unterton von Unruhe und fanatischem Hasse gegen den Westen und alles damit Verbundene. Er schließt:

„Eine schwache oder schwankende Politik in China ist eine Gefahr, genügend groß in ihrer Rückwirkung auf jene Länder, mit denen wir aufs engste verbündet sind, um alle denkenden Engländer mit den Maßnahmen zu versöhnen, die jetzt unternommen werden.“

In einem anderen konservativen Organ protestiert Lord Birkwood gegen jegliche Möglichkeit einer Herabsetzung des Militärbudgets Indiens und warnt die Welt vor der bolschewistischen Gefahr.

In noch unmittelbarerem Zusammenhange mit den sich in China ent-

wickelnden wichtigen Ereignissen steht ein Besuch, den der britische Oberbefehlshaber in Burma gemacht hat. Die Briten haben plötzlich entdeckt, daß in Burma Sklaven befreit werden müssen, und es werden Expeditionen dorthin entsandt, um die Sklaverei in diesem dunklen Lande abzuschaffen und bei dieser Gelegenheit eine militärische Inspektion der Grenze von Burma zu unternehmen, die an die Grenze der chinesischen Revolution stößt.

Alle diese Tatsachen verweisen zwingend auf die Furcht, die in den Gemütern der britischen Imperialisten gegenüber dieser mächtigen revolutionären Bewegung herrscht. Und natürlich haben sie guten Grund, beunruhigt zu sein. Seit zehn Jahren sehen sie die Sowjetunion sich aus ihren Schwierigkeiten herauswinden, an Stärke wachsen und durch ihr bloßes Dasein die Völker des Ostens aufmuntern, ihre Kräfte zu sammeln und sich zur Befreiung der Massen von der Macht des Imperialismus zu erheben. Zu sehen, wie diese mächtige revolutionäre Bewegung auf die Millionen in China Einfluß gewinnt, die im Prozeß ihres Kampfes immer mehr begreifen, daß der große Freund ihrer Befreiung die organisierte Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion ist, das treibt sie in einen Zustand der Hysterie. Sie wissen, daß ein befreites China die Millionen Indiens, Aegyptens, Palästinas und Afrikas zwangsläufig aufmuntern muß. Sie wissen, daß die Massen dieser Länder jeden Schritt der chinesischen Nationalarmee nach vorwärts aufmerksam verfolgen, und auf Grund einer hundertjährigen Erfahrung, „wie man mit den Asiaten umzugehen hat“, fühlen sie sich gezwungen, sogar den Anschein von Liberalismus in ihrer Politik fallen zu lassen und die chinesische Revolution mit allen Kräften anzugreifen. Sie betrachten die Asiaten als Sklaven und haben entschieden, daß sie Sklaven bleiben sollen.

Bei diesem Prozeß machen sie Fehler auf Fehler und verüben eine Gewalttat nach der anderen, von denen nicht eine der Aufmerksamkeit der Millionen und aber Millionen dieser Länder entgeht. Die Massen Indiens z. B. kennen sehr wohl ihre eigenen Erfahrungen unter der britischen Herrschaft. Sie kennen die Verfolgungen, denen sie von ihren Beherrschern ausgesetzt waren, und wenn sie sehen, wie die chinesische Nationalarmee von Sieg zu Sieg schreitet, wenn sie sehen, daß die Grausamkeiten von Schanghai, Wanshien und Nanking nicht imstande sind, die Revolution aufzuhalten, sondern im Gegenteil, die Massen zu mächtigerer organisierter Aktion aufrütteln, so ist dies sofort eine Lehre, die ihnen neue Perspektiven ihrer eigenen Zukunft aufrollt. Z. B. schreibt das Organ der Swaraj-Partei Indiens, „Forward“, am 27. Januar 1927:

„Wenn Japan das Geschick Chinas, Indiens, Persiens usw. erspart blieb, so nur deshalb, weil auch Japan ein Blatt aus dem Buche der europäischen Imperialisten herausgerissen hat, ein Anhänger der Gewalt geworden ist und gelernt hat, den europäischen Nationen mit ihrer eigenen Münze zurückzuzahlen. . . . Die erste Vorbedingung für einen erfolgreichen Widerstand gegen den weißen Imperialismus in Asien besteht darin, ein starkes und unabhängiges China zu besitzen, das in der modernen Kriegstechnik voll ausgebildet ist.“

Dies ist zugleich eine Warnung an die Imperialisten und ein Vorzeichen kommender Ereignisse. Aber dies ist nicht eine vereinzeltete Stimme. In Beantwortung einer Rede, die der Vorsitzende der Europäervereinigung in Kalkutta auf einem Bankett hielt und in der er sagte, daß eine Fortdauer der britischen Herrschaft in Indien zum Heile der Inder selbst notwendig sei, schreibt ein Führer der Swaraj-Partei:

„Die Ereignisse in China hätten den außerordentlich stolzen Mitgliedern der europäischen Kolonie die Augen öffnen müssen. Die Europäer in Indien dürfen nicht vergessen, daß sie eine unbedeutende Minderheit sind. Eine halbe Million verzweifelter Leute würden genügen, so viele Unruhen zu erzeugen, daß die Briten ihre außerordentliche Lage im Lande begreifen würden.“

Dies ist eine nicht mißzuverstehende Warnung an die Adresse des britischen Imperialismus.

Aber nicht nur warnende Rufe ertönen. Ueberall wird die Stimme des Protestes gegen die Intervention in China und besonders gegen die Entsendung von indischen Truppen zur Niederschlagung der chinesischen Revolution erhoben. Es wird bereits berichtet, daß manche Truppen gemeutert haben und von Schanghai nach Hongkong zurückgeführt werden. Die Stimme des Protestes ertönt von der äußersten Rechten des indischen Nationalismus bis in alle Sektionen der indischen nationalen Bewegung. Z. B. sagt „Bombay Chronicle“, das Organ der rechten nationalistischen Elemente, in einem Leitartikel vom 25. Januar:

„Der Vizekönig hat angekündigt, daß seine Vorgesetzten in Downing Street und seine eigene Regierung übereingekommen seien, zusammenzuarbeiten, indem sie ein Kontingent indischer Truppen beisteuerten, da in Indien die nächstgelegenen Häfen vorhanden seien, von denen Truppen unmittelbar nach China entsandt werden können. Ist dem Vizekönig nicht bekannt, daß Indien stets protestiert hat gegen die Entsendung seiner Soldaten nach Aegypten, Mesopotamien und China, wo immer diese in gewissenloser Weise verwendet wurden, um die Welle des Patriotismus zu brechen und die Führer dieser Völker niederzuknüppeln? Hat nicht die Gesetzgebende Versammlung der entschiedensten Opposition Ausdruck gegeben gegen die immer erneute Verwendung indischer Truppen als Söldner, zur Unterstützung der eigennützigen imperialistischen Pläne, und ist nicht schon der Name Inder bei allen unterdrückten Völkern aufs äußerste verhaßt, weil Inder in blutigen Konflikten in Schanghai und Kairo verwendet worden sind? In der langen und schmachvollen Geschichte der britischen Beziehungen zu China ist enthalten die andauernde Vergiftung dieses Volkes mit Opium, die rücksichtslose Ausbeutung seiner billigen Arbeitskräfte und seiner großen Reichtümer, und die mit Gewalt erzwungenen grausamen und unterdrückenden Verträge seiner Regierungen enthüllen Ziele und eine Taktik, die nicht als defensiv bezeichnet werden können.“

Alle führenden Blätter der nationalistischen Bewegung haben in mehr oder minder kräftigen Ausdrücken ihren Protest kundgetan, und die Nationalversammlung selbst wollte gegen die Entsendung von Truppen nach China stimmen. Es besteht nicht der geringste Zweifel, daß diese Versammlung, deren Mehrheit aus den verfassungstreuesten Politikern Indiens besteht, einen Beschluß gefaßt hätte, der die großen Sympathien der Massen des indischen Volkes für die chinesische Revolution widerspiegelt hätte. Aber der Generalgouverneur griff als der Vertreter der nervösen britischen Imperialisten ein und untersagte jegliche Diskussion über diese Frage. Dies hatte sofort die entgegengesetzte Wirkung zur Folge. Es rief die Empörung der indischen Presse hervor, und sofort fanden überall große Massenprotestversammlungen statt. Die nachstehende Resolution, die in großen Versammlungen in Bombay angenommen wurde, entspricht den Resolutionen, die in vielen Versammlungen in allen großen Städten Indiens beschlossen wurden:

„Diese Versammlung von Bombayer Bürgern wünscht die Sympathie des indischen Volkes für die große chinesische Revolution in dem Kampfe, den sie für ihre politische und wirtschaftliche Freiheit führt, zum Ausdruck zu bringen. Die Versammlung protestiert aufs schärfste gegen die Absicht der Regierung Indiens,

indische Truppen zur Intervention nach China zu entsenden, und erklärt, daß sich Indien durch die Verwendung seiner Hilfsmittel zur Förderung des kapitalistischen Imperialismus im Osten gedemütigt fühlt.“

Der „Forward“, das Organ der Swaraj-Partei in Bengalen, weist mit Verachtung zurück,

„den Anspruch irgend jemandes, und wäre er auch der Vizekönig von Indien, das Blut und das Leben der Söhne Indiens für den Dienst von Großbritanniens Rettungsmission auf dem Boden Chinas anzubieten. Indien befindet sich nicht im Kriege mit China, Indien hat keinen Streit mit China. Um die Wahrheit zu sagen, das Volk Indiens hegt die wärmsten Sympathien für die Chinesen und ihren verzweifelten Kampf gegen den ungerechten Angriff der fremden Teufel auf ihren Boden. Jeder wahre Sohn Indiens wird warme Sympathien für die Ansprüche der Chinesen empfinden, ihr Land der tödtlichen Umklammerung ungerechter Usurpatoren zu entziehen.“

Dies sind die kennzeichnenden Aeußerungen, die gegenüber dieser Entwicklung gemacht werden. Aber ein weiteres Beispiel der Art und Weise, wie die Massen Indiens in bezug auf den Kampf des chinesischen Volkes empfinden, kann aus dem Beschlusse der indischen Arbeiter ersehen werden, 3000 indische Sanitätsleute zum Dienste in die chinesische Nationalarmee zu entsenden. Die Organisierung des Kontingents geht von Hindus aus, man kann aber mit Bestimmtheit sagen, daß die britische Regierung verhindern wird, daß ein solches Kontingent die Küsten Indiens verlasse. Trotzdem wird diese Aktion nur noch mehr Oel ins Feuer gießen. Die Inder selbst werden aus diesen Ereignissen lernen, daß, solange sie nicht gleichfalls vom Wege des Pazifismus zu jenem der Organisierung der Macht der Massen und der Ausstattung dieser Massen mit den Mitteln des Sieges schreiten, ihre Unterjochung weiterdauern wird. Diese große Lehre wird gelernt werden in dem Maße, wie der Ruf der chinesischen Revolution seinen Widerhall in den Massen Indiens findet. In der Tat, sie lernen. Diese Tatsache ist es, die die britischen Imperialisten zu toller Wut treibt. Aber was sind Wut und Dummheit gegenüber Hunderten von Millionen Sklaven, die gelernt haben, wie man um die Freiheit kämpft?

VIKTOR DEMAR:

AMSTERDAM UND DAS PROLETARIAT DES OSTENS UND DER KOLONIEN

Im Jahre 1925 kam es zu einem der größten Streiks in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Es streikten die Arbeiter der größten Handels- und Industriezentren Chinas. Ungefähr eine halbe Million Proletarier erhoben sich zum Protest gegen das Joch des Imperialismus, besonders das des englischen. Die chinesischen Arbeiter hatten schwere Opfer zu beklagen. Man schoß auf sie und hungerte sie aus, dennoch blieben ihre Reihen unerschüttert. Sie brauchten Hilfe von außen, ebenso wie ein Jahr später die Million englischer Bergarbeiter diese internationale Hilfe brauchten, als sie ihren schweren Kampf gegen die sich auf die gesamte Staatsmaschine stützenden Unternehmer begonnen hatten.

Im Augenblick der höchsten Zuspitzung des Kampfes der chinesischen Arbeiter gegen den Imperialismus (Sommer 1925), wandten sich Profintern und Komintern an die Amsterdamer und II. Internationale mit dem Vorschlag gemeinsamer Hilfsaktionen für die chinesische Bewegung.

Amsterdam lehnte ab. Und der im August 1925 tagende Marseiller Kongreß der II. Internationale reagierte auf den Kampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus mit folgender Resolution:

„Die Sozialistische Arbeiter-Internationale beschließt: die Kolonialfrage auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses zu setzen.“*

Die Politiker der II. Internationale hegten anscheinend die Hoffnung, daß bis zum nächsten Kongreß, d. h. bis 1927, sich alles „beruhigt haben wird“ und daß sie sich nicht den Kopf zu zerbrechen brauchen werden mit der Abfassung einer überschlauen Appellation an den Völkerbund aus Anlaß der Lage in China.

Die Sozialimperialisten haben sich verrechnet. 1927 nimmt die nationale Befreiungsbewegung einen noch nicht dagewesenen Umfang an und trägt gewaltige Siege davon. In China wird den Imperialisten der erste ernsthafte Schlag versetzt. Aus dem „chinesischen Chaos“ erwächst eine ideologisch und organisatorisch fest geformte antiimperialistische revolutionäre Bewegung, innerhalb der die organisierten Arbeitermassen nach und nach die führende Rolle erlangen. Die Imperialisten senden Kriegsschiffe und Soldatenregimenter nach China, und die Amsterdamer Internationale rührt nicht einen Finger, um sich dem Feldzug des Imperialismus gegen die chinesischen Arbeiter zu widersetzen. Die Amsterdamer Internationale lehnt es rund heraus ab, die chinesischen Arbeiter zu unterstützen. Die chinesischen Delegierten auf der antiimperialistischen Brüsseler Konferenz, Schan-chuen (der Sekretär des Zentralverbandes der chinesischen Seeleute) und Lian (der Vertreter der nationalrevolutionären Armee), wandten sich an Oudegeest, den Sekretär der Amsterdamer Internationale, mit der Frage, ob die Amsterdamer Internationale bereit ist, überall in Europa Sympathie-kundgebungen für die chinesische nationale Bewegung zu veranstalten.

Darauf erfolgte seitens des Internationalen Gewerkschaftsbundes die Antwort, daß man „die Frage erwägen werde, es müsse aber im Auge behalten werden, daß es in Europa nicht so leicht sei, Kundgebungen zu veranstalten. . . .“

„Auf die Frage der (chinesischen V. D.) Delegation, ob der IGB bereit sei, eine Unterstützungskommission nach China zu entsenden, erfolgte die Antwort, daß der IGB dazu vorerst nicht in der Lage sei und daß angesichts der eingetretenen Lage ein solcher Schritt sogar unerwünscht sei, da die Gewerkschaftsbewegung eine aufbauende Bewegung sei, die ihre Aufgaben nur in einem Lande erfüllen könne, in dem politische Ruhe herrsche. Der IGB werde so lange keine Anstalten treffen, seine Delegation nach China zu senden, bis in China die politische Ruhe wiederhergestellt sei.“*

Das war die Antwort des Herrn Oudegeest. Ueberträgt man diese zynisch-freche Antwort in die simple Sprache, so bedeutet sie: Wir werden weder die englische noch eine andere Regierung daran hindern, Truppen nach

* Protokoll Seite 365.

* „Het Volk“, Organ der Sozialdemokratischen Partei Hollands, vom 10. März 1927.

China zu senden; die Amsterdamer Internationale wird sich mit China befassen, wenn diese Truppen dort die Ordnung wieder hergestellt haben. Man darf nun aber nicht glauben, daß die „Ideen“ Amsterdams in China und im Fernen Osten von niemanden vertreten werden. Nicht nur der japanische Gompers, Herr Bundschu Suzuki — der Mitstreiter Amsterdams im Völkerbund — sondern auch die Imperialisten selbst sind in jeder Hinsicht bestrebt, der jungen chinesischen Arbeiterbewegung die Vorzüge der Amsterdamer „Ideen“ vor der „bolschewistischen Doktrin“ zu beweisen.

1925, während des Generalstreiks in Schanghai, veröffentlichte die mit amerikanischen Geldern herausgegebene Zeitung „China-Press“ (30. Juli 1925) einen Leitartikel über den Charakter und das Schicksal der chinesischen Gewerkschaftsbewegung. Dieser Artikel warnt die chinesische Gewerkschaftsbewegung vor der Beschreitung des „durch die Geschichte und die Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung verurteilten“ revolutionären Weges und fordert sie auf, dem Beispiele der gemäßigten und allgemeiner Achtung würdigen heutigen Gewerkschaftsverbände Europas und Amerikas zu folgen.

„Angesichts dessen, daß China über die gesamte Erfahrung des Westens verfügt, müssen es die Führer des Landes (!) verstehen, viele Fehler, die die Arbeiterbewegung des Westens in ihrer zurückliegenden Entwicklung gemacht hat, zu vermeiden. . . . Das jedoch, was sich in Schanghai im Laufe der letzten 60 Tage abspielt (Streik!), scheint darauf hinzuweisen, daß China dazu neigt, um seine Rettung (Salvation) mit denselben Methoden kämpfen zu wollen, deren sich die Arbeiterorganisationen des Westens vor mehr als 100 Jahren bedienten.“ („China-Press“, 30. Juli 1925.)

Die Amerikanische Arbeitsföderation — führt das Blatt aus — hat viel Geld und großen Einfluß. Viele Gewerkschaftsverbände besitzen Banken. In Deutschland befaßt sich die Arbeiterbewegung mit der Verbesserung der Sozialgesetzgebung. Ihr aber, ihr chinesischen Grünschnäbel, verrennt euch im Chartismus und im Bolschewismus. So agitieren die Imperialisten. Sie boten und bieten auch jetzt noch den chinesischen Arbeitern die „bewährten“ Methoden des europäischen und amerikanischen Reformismus an. Die chinesischen Gewerkschaften lehnen den Reformismus ab, sie haben kein Vertrauen zu ihren Unterdrückern. Dafür werden die chinesischen Arbeiter von den Lakaien des Imperialismus niedergeschossen. Die Amsterdamer Internationale aber wartet geduldig ab, bis in China die „Ordnung“ wieder hergestellt ist. Amsterdam läßt die Imperialisten gewähren und die Imperialisten agitieren für Amsterdam! Das ist der Grund, warum Amsterdam Kundgebungen in Europa ablehnt und die Entsendung einer Delegation nach China nicht für notwendig hält.

*

Nicht immer aber legt die Amsterdamer Internationale in bezug auf die Arbeiterbewegung der vom Imperialismus unterdrückten Länder solche Passivität an den Tag.

So z. B. hat das Büro der Internationale am 12. Februar dieses Jahres einstimmig beschlossen, den Verband der Industriearbeiter und Handelsangestellten Afrikas (Industrial and Commercial Workers-Union of Afrika), die einzige Gewerkschaftsorganisation der einheimischen (schwarzen) Arbeiter Südafrikas, in die Internationale aufzunehmen.

Ja noch mehr: das Büro beschloß, den Trade-Union-Kongreß Südafrikas, der die verschiedenen Gewerkschaftsverbände der weißen Arbeiter umfaßt, aus der Liste der angeschlossenen Organisationen zu streichen. Woher kommt nun diese Liebe zu den Schwarzen? Und woher diese Geringschätzung gegenüber der (ihrer Hautfarbe nach) weißen Arbeiteraristokratie? Worin liegt das Geheimnis dieser „Wandlung“ Amsterdams? Von einem Geheimnis kann hierbei keine Rede sein, es handelt sich vielmehr um gewisse „Nebenumstände“, die allgemeiner Beachtung würdig sind.

In der britischen Kolonie, die die Bezeichnung „Südafrikanische Union“ trägt, gibt es ungefähr 3 Millionen Arbeiter. Ungefähr $2\frac{1}{2}$ Millionen gehören zur schwarzen Rasse, die übrigen haben das Glück gehabt, mit weißer Hautfarbe geboren zu sein. Die schwarzen Arbeiter haben keinerlei Rechte, dafür aber sehr viele Sorgen. So z. B. besitzen sie nicht das Recht, ohne Erlaubnis ihres letzten Arbeitgebers den Wohnort zu wechseln (Paß-Land). Sie haben kein Stimmrecht bei den Wahlen zum Parlament. Nur jenen, deren Hautfarbe etwas heller ist (coloured people — farbige Leute, d. h. nicht rein afrikanischen, sondern gemischten Blutes), ist ein gewisses Wahlrecht versprochen worden. Die schwarzen Arbeiter haben nicht einmal das Recht, arbeitslos zu sein: jeder, der sich länger als eine Woche ohne Beschäftigung herumtreibt, wird ins Gefängnis gesetzt. Darum ist der entlassene schwarze Arbeiter gezwungen, sich mit einer beliebigen Bezahlung abzufinden, nur um Arbeit zu finden und nicht ins Gefängnis zu kommen. Der schwarze Arbeiter verdient im Durchschnitt 3 Shilling pro Tag, der weiße dagegen 15 Shilling. Schwarze Arbeiter gibt es sehr viele. Ihre Arbeitskraft ist billig. In allernächster Zukunft wird sich die Zahl der schwarzen Arbeiter noch weiter erhöhen, da die Regierung der südafrikanischen Union (eine Koalition der sogenannten Nationalistischen Partei und der Arbeiterpartei) ein Gesetz zur Annahme vorbereitet, auf Grund dessen Hunderttausende eingeborener Kleinrentner von ihrem Grund und Boden „befreit“ werden. Die imperialistische Bourgeoisie bereitet eine billige Reservearmee für neue Industrieunternehmungen vor. Die Gesetze des Landes sind gegen die schwarzen Arbeiter gerichtet.

Um sich zu wehren, haben die schwarzen Arbeiter ihre eigene Organisation gebildet, da man sie in die weißen Gewerkschaften nicht aufnahm und auch bis heute nicht aufnimmt. Seit 1919 besteht in Südafrika die Industrial and Commercial Workers Union of Africa (ICU), die gegenwärtig 45 000 Mitglieder zählt. In den ersten Jahren seiner Tätigkeit trat dieser Verband aggressiv auf und erzielte bedeutende Erfolge für die Kolonialarbeiter, unter anderem eine Erhöhung des Arbeitslohnes für die Dockarbeiter von Capetown um 50 Prozent. Im Prozesse des Kampfes geriet in die leitenden Instanzen eine ziemlich einflußreiche Gruppe kommunistischer Führer. Die Posten des Generalsekretärs und des Kassierers wurden von Kommunisten besetzt. Im Dezember 1926 nun hat der Verbandsvorstand unter dem Einfluß und auf Initiative eines seiner Sekretäre namens Clemens Cadaly mit Stimmenmehrheit beschlossen, von den kommunistischen Funktionären entweder den Bruch mit der Partei oder die Niederlegung der Gewerkschafts-posten zu fordern. Die Kommunisten lehnten dieses Ultimatum ab und wurden ausgeschlossen. Wegen welcher Verbrechen? Aus der im offiziellen Organ der ICU „Workers Herald“ vom 12. Januar 1927 veröffentlichten

Deklaration geht hervor, daß die Kommunisten erstens deshalb ausgeschlossen wurden, weil sich die Kommunistische Partei immer energischer und tiefer in die Angelegenheiten des Verbandes einmischte, zweitens aber deshalb, weil der Generalsekretär der ICU, Genosse La Guma, von der Kommunistischen Partei ein Mandat zur Brüsseler Konferenz der unterdrückten Völker angenommen hat. Andere Gründe liegen nicht vor. Es erscheint sonderbar, wie ein Negerverband Repressalien gegen Leute ergreifen kann, die Mitglieder der einzigen aktiv gegen die Unterdrückung der schwarzen Arbeiter kämpfenden Partei sind. Es erscheint sonderbar, wie eine Organisation von unterdrückten Werktätigen Repressalien einem Genossen gegenüber anwenden kann, der es für notwendig hält, an dem Weltkongreß der unterdrückten Völker teilzunehmen.

Liegen hier nicht irgendwelche fremden Einflüsse vor, die von den Feinden der schwarzen Arbeiter ausgehen?

Wollen wir die Dinge doch offen heraussagen! Clemens Cadaly, der Anstifter und Initiator der Repressalien gegen die Kommunisten, begibt sich in der Eigenschaft des Vertreters des „gesamten südafrikanischen Proletariats“ nach Genf. Clemens Cadaly wird an den Sitzungen des Arbeitsamtes beim Völkerbunde teilnehmen. Dabei wird in dem programmatischen Manifest der ICU, das in der gleichen Sitzung angenommen wurde, in der man den Ausschluß der Kommunisten beschloß, mehrere Male die These vom unversöhnlichen Klassenkampf und vom Kampf um die endgültige Befreiung des afrikanischen und internationalen Proletariats wiederholt („Workers Herald“ vom 12. Januar 1927, Seite 3). Kann man sich nun etwa mit einem solchen Programm nach Genf begeben? Nein! Eine solche Plattform wäre ein durchaus passendes Gepäck für einen Delegierten zum Brüsseler Kongreß der unterdrückten Völker gewesen. Warum reist nun Cadaly nach Genf und nach Amsterdam? Eins von beiden: Entweder hat Cadaly die Adresse verwechselt, oder Cadaly will die Mitglieder der ICU in Verwirrung bringen. Leider liegen gewisse Anzeichen dafür vor, daß letztere Annahme zutrifft.

Wenn auf Seite 3 des „Workers Herald“ vom unversöhnlichen Klassenkampf die Rede ist, so lesen wir auf Seite 4 derselben Nummer folgendes:

„Die schwarze Arbeiterbewegung wird sich nach dem Vorbild der weißen Arbeiterbewegung entwickeln Werden die Weißen die vernünftigen Forderungen und Ideen der schwarzen Industrialisten (d. h. der Gewerkschaftler) ignorieren, dann ist es fast unvermeidlich, daß sich der schwarze Arbeiter den extremen Methoden zuwendet, die ihm selbst Schaden, den Weißen aber Verluste bringen werden. Werden aber die Weißen die Forderungen der Schwarzen berücksichtigen und nach Möglichkeit befriedigen, dann werden die Eingeborenen zufrieden sein und sich die Organisationsmethoden sowie die verfassungsmäßige Agitation zu eigen machen, wie sie bei den weißen Gewerkschaftsverbänden üblich sind.“

Erinnern wir uns jetzt an die „China Press“ und ihre Vorwürfe an die Adresse der chinesischen Arbeiter. Spiegeln die vorstehend zitierten Zeilen doch gerade das wider, was die Imperialisten von der chinesischen Arbeiterbewegung fordern und was sie den chinesischen Gewerkschaftsverbänden um keinen Preis „einzutrichtern“ vermögen. Clemens Cadaly aus Südafrika aber ist von selbst „darauf gekommen“: Ohne Umschweife erklärte er dem Berichterstatter der bürgerlichen Zeitung „The Star“, daß die Kommunisten Zwietracht zwischen den Schwarzen und Weißen säen und daß er, Mister

Cadaly, und die anderen Führer der schwarzen Arbeiter überaus verfassungstreu gesinnt seien und wünschten, daß man ihren Verband als eine „bona fide“ Arbeiterorganisation betrachten möge. Um es aber den Kommunisten unmöglich zu machen, die schwarzen Arbeiter aufzuklären, müssen die Kapitalisten den letzteren irgend etwas geben, sonst kann Cadaly nicht für ihre Zuverlässigkeit garantieren. Auf diese Weise wird es klar, warum die Kommunisten aus der ICU ausgeschlossen wurden, und damit wird auch der Umstand klar, warum das Telegramm von Sassenbach zwei Tage nach dem Beschluss der Amsterdamer Internationale über die ICU bereits mit entsprechenden Kommentaren in der bürgerlichen Zeitung „The Star“ veröffentlicht wurde. Die Amsterdamer brauchen solche Unterdrückte, die keine Unruhen entfachen, sondern bemüht sind, nicht über den Rahmen der Verfassung ihrer Unterdrücker hinauszugehen, einer Verfassung, die für den Schwarzen nur Verbotsparagraphen vorsieht. Das ist der Grund, warum sich Amsterdam einer Einmischung in die chinesischen Angelegenheiten „enthält“ und sich mit Vergnügen an den südafrikanischen Angelegenheiten beteiligt. Bedeutet das aber nun, daß die Halbsklaven des Kapitals in Südafrika Vertrauen zum Amsterdamer Reformismus gefaßt haben? Natürlich nicht. Die Masse hat noch nicht gesprochen. Die Masse sieht klar, wer für ihre Interessen kämpft. Sie kann vielleicht noch nicht glauben, daß es Weiße gibt, die imstande sind, für die Interessen der Schwarzen zu kämpfen. Der Schwarze kannte bis jetzt nur weiße Unterdrücker. Aus diesem Grunde muß die Kommunistische Partei Südafrikas äußerste Feinfühligkeit und große Geduld entfalten. Niemals wird der doppelt unterdrückte schwarze Arbeiter das Gerede der Cadaly und Co. von der „verfassungsmäßigen Entwicklung“ und von den Gewerkschaften „bona fide“ begreifen. Alles das sind Redereien für Amsterdam. Der schwarze Arbeiter in Südafrika wird dem Beispiel des chinesischen Kulis folgen. Andere Wege gibt es für ihn nicht, sein Sklavendasein wird ihn in die Bahn des entschiedenen Kampfes drängen. Dabei wird ihm die Kommunistische Partei helfen, und es müssen ihm auch jene weißen Gewerkschaften helfen, die Amsterdam deshalb aus der Liste streicht, weil sie schon vorher Amsterdam aus ihrem Bewußtsein ausgestrichen und sich für die einheitliche Internationale ausgesprochen haben. Die weißen Gewerkschaften Südafrikas, die die Notwendigkeit der internationalen Einheit begriffen haben, müssen die Notwendigkeit der Einheit der Arbeiter auf dem Gebiete der Südafrikanischen Union, unabhängig von Rasse und Hautfarbe, erkennen.

A. O. BOSSE:

DIE LAGE IM AMERIKANISCHEN KOHLENBERGBAU

Die Kommunistische Arbeiterpartei begann als Vorbereitung zu den Wahlen der Gewerkschaftsbeamten im Dezember, zum Kongreß im Januar 1927 und zu dem für den April zu erwartenden Streik im April 1926 eine Kampagne innerhalb des Bergarbeiterverbandes. Im April 1926 hatte John L. Lewis, der Präsident des Bergarbeiterverbandes von Amerika, der reaktionärste Bürokrat in der Gewerkschaftsbewegung, einen Ausschlußbefehl gegen alle Kommunisten erlassen. Daraufhin berief die Partei eine Konferenz der in der Partei organisierten Bergarbeiter ein, deren Aufgabe es sein sollte, ein Programm auszuarbeiten, das die Gewerkschaft vor dem völligen Verrat und der Vernichtung bewahren und die ihnen von den Reaktionären aufgezwungene Illegalität bekämpfen sollte.

Die Partei beschloß, die Kandidaten des linken Flügels bei den Wahlen zu unterstützen; später aber, als die progressiven und die oppositionellen Elemente in der Gewerkschaft beschlossen, eine Kampagne gegen Lewis durchzuführen und Brophy als Kandidaten für den Präsidentenposten aufzustellen, unterstützte der linke Flügel diese Kandidatur, und auch die Partei bot der Opposition ihre Unterstützung an. Seit dem letzten Sommer wurde in der ganzen Parteipresse (dem „Daily Worker“ und einem halben Dutzend fremdsprachlicher Parteiblätter) eine intensive Propaganda-Kampagne gegen die Lewis-Bürokratie geführt, besonders durch eine wöchentlich eine Seite umfassende Bergarbeiterbeilage in den Blättern der Sprachengruppen und durch tägliche Berichte im „Daily Worker“. Auch unterstützten die Kommunisten und der linke Flügel den „Coal-Miner“, das Organ des progressiven Blocks.

Die Lage im Bergarbeiterverband ist wichtig, nicht nur, weil er die stärkste einzelne Gewerkschaft in der AFofL ist, sondern auch, weil die Kampagne der Reaktionäre gegen die Kommunisten und den linken Flügel im Bergarbeiterverband nur Teil eines Angriffes im nationalen Maßstabe in allen Gewerkschaften des Landes ist, sowohl in denen der AFofL wie in den unabhängigen. Diese Kampagne ist am stärksten in der Bekleidungsindustrie, weil die Kommunisten hier die Schneider- und Kürschnerverbände in Neuyork erobert haben und sie im nationalen Maßstabe zu erobern drohen. Die Bürokraten der AFofL und der Sozialisten wollen nun die Kommunisten und den linken Flügel vernichten, und ihre Kampagne wird von den Unternehmern, der kapitalistischen Presse und den Gerichten aufs beste unterstützt. Sie werden in der Bekleidungsindustrie wahrscheinlich einen Fehlschlag erleiden, im Bergarbeiterverband jedoch haben sie vorübergehend Erfolge errungen, was auf die sehr ungünstige objektive Lage in dieser Industrie und im Verband selbst, sowie auf die organisatorische Schwäche des linken Flügels zurückzuführen ist.

Die Lage in der Industrie

Die Kohlenproduktion ist in den Vereinigten Staaten von 1913 bis 1926 von 509 Millionen Tonnen auf 578 Millionen Tonnen gestiegen, aber die Produktion in den Jahren 1918 und 1923 war praktisch die gleiche wie 1926, was von ernstlichen Schwierigkeiten in der Produktion zeugt. Wenn man die Zunahme der Arbeiterzahl in dieser Industrie um 200 000 seit der Vorkriegszeit in Rechnung zieht, sowie die große Zahl der Ausbeutung neu erschlossener Gruben und die gesteigerte Verwendung arbeitsparender Maschinen, so ergibt sich der Schluß, daß die Produktionskapazität nicht voll ausgenützt wird. Dies ist die Folge der wachsenden Konkurrenz von Wasserkraft, Oel und Naturgas sowie wie der besseren Ausnutzung der verwendeten Kohle. Seit dem letzten Herbst ist der Stand der Produktion ein sehr hoher, infolge der großen Exporte im Zusammenhang mit dem englischen Streik und der Anhäufung großer Vorräte in Erwartung eines Streiks in Amerika selbst für April. Die Produktionsziffern für 1926 sind folgende:

Juni 1926	42,0 Millionen Tonnen		
September 1926	49,0	"	"
Oktober 1926	54,6	"	"
Dezember 1926	51,7	"	"
(ein Monat mit vielen arbeitsfreien Tagen)			
Januar 1927	53,4	"	"
Februar 1927 (erste Hälfte)	27,0	"	"

Die Vorräte wachsen in einem Maße an, daß sie den Schätzungen nach bis zum 1. April 85 Millionen Tonnen insgesamt ausmachen werden. (Dies bedeutet einen Vorrat für 68 Tage — der größte Vorrat in der Geschichte dieser Industrie.) Die jährliche Leistungsfähigkeit der Industrie beträgt eine Milliarde Tonnen, während die tatsächliche Produktion unter 600 Millionen steht. Den Berichten nach lagen im Oktober 1926, in einer Zeit der Höchstproduktion, mehr als die Hälfte der Gruben still, und es besteht kein Zweifel, daß die chronische Krise mit dem Aufhören der Exporte und des An sammelns von Vorräten erneut zu einer akuten werden wird.

Die Zahl der kommerziellen Gruben wuchs von 1913 bis 1920 um 50 Prozent und beträgt jetzt insgesamt 9000, mit 7000 Eigentümern. Der Besitz der Gruben ist stark konzentriert und liegt in den Händen der großen Eisenbahn- und Stahlkorporationen (hauptsächlich von Morgan, Rockefeller und Mellon, denen ein Viertel aller Zechen gehört).

Die Arbeitsbedingungen sind sehr schlecht, die durchschnittliche Arbeitswoche hat in Konjunkturzeiten drei bis vier Tage und in Depressionszeiten nur zwei bis drei Tage. Die Hälfte aller Zechen liegt still, und nur ein geringer Prozentsatz der übrigen arbeitet voll. Die Arbeitszeit beträgt neun Stunden täglich, ohne Bezahlung für die Mittagszeit oder für die Fahrt zur und von der Arbeitsstelle. Die Löhne sind infolge der großen Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit sehr niedrig; der Durchschnittslohn schwankt von noch nicht 500 Dollar jährlich in den gewerkschaftlich nichtorganisierten Bezirken bis 750 Dollar in den organisierten Bezirken. Das Mindestbudget für eine Arbeiterfamilie betrug nach den Berechnungen des reaktionären Unternehmerverbandes, National Industrial Conference Board, 1698 Dollar. Ein Sachverständiger der Regierung, Basil Manley, hat festgestellt, daß nur ein Drittel aller Bergarbeiterfamilien vollkommen vom Verdienste des Mannes

lebt und daß die übrigen die Frauen und Kinder zur Arbeit schicken oder Kostgänger aufnehmen müssen. Außerdem wird die Lebenshaltung des Bergarbeiters noch weiter dadurch verteuert, daß er in vielen Bergwerkstädten gezwungen ist, in den Läden der Bergwerksgesellschaften zu stark verteuerten Preisen einzukaufen.

Die Lage im Bergarbeiterverband

Die Lage des Verbandes ist sehr ernst, und es ist durchaus möglich, daß er innerhalb der nächsten Jahre vollkommen vernichtet wird. Schon jetzt werden 65 bis 70 Prozent Kohle von gewerkschaftlich nicht organisierten Arbeitern gefördert, während vor wenigen Jahren noch das Verhältnis umgekehrt war. Im Süden, wo bereits 40 Prozent der Kohle des Landes gefördert werden, werden ausschließlich unorganisierte Arbeitskräfte beschäftigt, und auch im Westen und Nordwesten führt der Verband ein bloßes Schattendasein. Im zentralen Gebiet (Illinois, Indiana, Ohio und Westpennsylvanien) ist der Verband am stärksten, aber auch hier ist seine Lage sehr schlecht. Von den 600 000 Braunkohlenarbeitern (dieser ganze Artikel behandelt den Braunkohlenbergbau, soweit nicht Anthrazitkohle besonders erwähnt wird) sind weniger als 25 Prozent gewerkschaftlich organisiert.

Während der acht Jahre, in denen Lewis Präsident war, hat die Gewerkschaftsleitung niemals einen Streik gewonnen. Er ist öffentlich für Lohnherabsetzungen und die Entlassung von 200 000 Bergarbeitern aus der Industrie eingetreten.

Auf der letzten Konferenz gab er einen Rückgang der Mitgliederzahl um 130 000 zu; es kann aber kein Zweifel bestehen, daß der Verband über 200 000 Mitglieder verloren hat. Auch hat Lewis niemals die Anschuldigungen bestritten, Bestechungsgelder in Höhe von weit über 750 000 Dollar angenommen zu haben, dafür, daß er während des Streiks von 1922 in gewissen Gruben die Arbeit gestattet hat.

Die Kampagne der Progressisten, zusammen mit den Wahlen der Gewerkschaftsbeamten für den Verband im Dezember sowie für die alle zwei Jahre stattfindende Konferenz im letzten Januar wurde intensiver durchgeführt als irgendeine frühere. Die Führer der Progressisten und des linken Flügels, die Howatt, Hapgood, Brophy, Keeney usw. machten Propagandareisen in alle Ortsgruppen, und die progressiven Kandidaten für die Gewerkschaftsposten, Brophy, Stephenson und Brennen, gaben viel Propagandamaterial in Form von Broschüren, programmatischen Erklärungen und besonderen Wahlmanifesten heraus. Das letzte wandte sich gegen die zwangsweisen Schlichtungsausschüsse und trat ein für eine Labor-Party, für die Nationalisierung der Bergwerke, für Demokratie in der Gewerkschaft, für ehrliche Wahlen, für die Organisation der Unorganisierten, für die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Mitglieder des linken Flügels, für Lohnforderungen und das übrige Programm der Progressiven. Lewis führte eine rücksichtslose Kampagne gegen den linken Flügel und die Kommunisten und scheute weder vor der Zusammenarbeit mit den Unternehmern und der Regierung zurück, um die Kommunisten auf lange Zeit ins Gefängnis zu bringen, noch davor, sie als unwürdig für einen Gewerkschaftsposten

zu bezeichnen und sie auszuschließen. Die Versammlungen der Progressisten wurden von den Reaktionären mit Hilfe der Polizei gesprengt.

Die Ergebnisse der Wahlen zu den Gewerkschaftsposten wurden einen Monat nach ihrer Beendigung mitgeteilt, gerade vor der Konferenz, und zweifellos, um die Wahl der Delegierten zur Konferenz zu beeinflussen. Das Abstimmungsergebnis war nach der Mitteilung von Lewis 173 000 Stimmen für ihn und 60 000 Stimmen für Brophy. Es steht außer Zweifel, daß der progressive Block die Majorität der Stimmen besaß, daß er aber durch Wahlschiebungen zugunsten von Lewis und den Hinauswurf einer großen Zahl von oppositionellen Stimmen um den Wahlerfolg gebracht wurde.

Während der Delegiertenwahlen für die Konferenz beschäftigte Lewis ein Heer von über 100 „Organisatoren“, von denen jeder ungefähr 5000 Dollar jährlich erhielt und deren einzige Aufgabe es war, die Wahl von oppositionellen Delegierten zu verhindern und Scheindelegationen von nichtexistierenden Ortsgruppen zu organisieren. Die progressiven Delegierten wurden auf jede mögliche Weise an der Teilnahme an der Konferenz gehindert. Die Konferenz wurde durch folgende Mittel vom bürokratischen Apparat kontrolliert:

Man fabrizierte einen „roten Brief“, der die Verbindungen zwischen den Kommunisten und den Progressisten beweisen sollte. Man konzentrierte eine große Zahl von Organisatoren in den oppositionellen Bezirken; ferner wurden Scheindelegationen organisiert, die wahrscheinlich 30 bis 40 Prozent der 1500 anwesenden Delegierten ausmachten. So z. B. stimmten die Delegierten für die Bezirke Kentucky und West-Virginia für angebliche 15 000 Mitglieder, wo in Wirklichkeit (nach den Ziffern des Berichtes) nur 377 Mitglieder existierten, und für 5000, wo in Wirklichkeit nur fünf aktive Mitglieder vorhanden waren, usw.

Man versuchte durch den Gewerkschaftsapparat die breiten Massen der Mitglieder zu terrorisieren, indem man eine Reihe von progressiven Führern an der Arbeit hinderte, indem man andere in der Konferenz absetzte, indem man versuchte, die Berichte der führenden Progressisten und Anhänger des linken Flügels herabzusetzen und die Kommunisten zu isolieren. Es war Lewis' Ziel, die Gewerkschaft auf dieselbe Basis der Klassenarbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitern und Unternehmern zu bringen, auf die schon viele andere der AFofL angeschlossenen Gewerkschaften herabgesunken sind. Dieses Ziel wurde in der Tat auf der Konferenz fast vollkommen verwirklicht durch Abschaffung des Klassenkampfparagraphen im Statut, durch die Bewilligung der durch keinerlei Kontrolle der Mitglieder beschränkten Verfügungsgewalt über die Beiträge, durch den Ausschluß der Kommunisten und Anhänger des linken Flügels und die Nichtzulassung eines Standpunktes der Minderheit, durch das Verbot der Bekleidung eines Gewerkschaftspostens durch eingewanderte Bergarbeiter, trotzdem diese die Mehrzahl der Mitgliedschaft bilden, sowie durch die Ausmerzung auch der elementarsten demokratischen Rechte der Mitgliedschaft aus dem Statut. Der Kampf der Progressisten erlangte wirkliche Kraft auf der Konferenz, als man um den Vorschlag stritt, den Beamten unbegrenzte Vollmacht bezüglich der Mitgliedsbeiträge zu geben. Auch schlugen sie die Bürokraten in der Frage der 50prozentigen Erhöhung der Gehälter für Gewerkschafts-

beamte, trotzdem sie durch die Stimmzähler des bürokratischen Apparates in der Minderheit blieben. In der Frage der zweijährigen statt alljährlichen Ortsgruppenwahlen schlugen sie die Bürokraten so vollständig, daß es unmöglich war, die Wahlergebnisse zu fälschen.

Die Konferenz zeigt, daß die Progressisten in den elementaren Fragen des Verbandes die breiten Massen zu sammeln vermögen. Sie zeigt aber auch, daß der Oppositionsblock nicht genügend organisatorische Stärke besaß, daß es ihm an Aggressivität fehlte, und daß er es nicht verstand, die Fehler des Lewis-Apparates genügend auszuwerten. Er zeigte einen Mangel an politischer Klarheit in seiner Unfähigkeit, den Kampf über solche Fragen, wie: die Frage der Vollmacht bezüglich der Beiträge, die Frage der Erhöhung der Gehälter und der Ortswahlen auszuweiten zu einem Kampf allgemeineren Charakters auf der Basis des progressiven Programms: „Rettet den Verband“. Andererseits zeigte sich die Stärke des Oppositionsblocks in folgendem: in seiner Vertrautheit mit den inneren Angelegenheiten des Verbandes, in seinem Massencharakter, in seinem bewiesenen Mut angesichts der bösesten und hartnäckigsten Attacke in der Geschichte der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Ferner erwies sich sein Programm als richtig; auch kamen seine Delegierten von den großen Ortsverbänden der Gewerkschaft, im Gegensatz zu den künstlich aufgezogenen Delegationen der Bürokraten. Teilweise erklärt sich die Schwäche der progressiven Kräfte aus der fortgesetzt schlechten Geschäftslage der Industrie, durch die die aktiven und kampffreudigsten Elemente zuerst beseitigt werden. Aber auch der neuerliche Konjunkturaufschwung, der zu einer zeitweiligen Zunahme der Beschäftigung führte, erleichterte den Reaktionären ihre demagogische Arbeit.

Die Rolle der Regierung als Exekutiv-Ausschuß der Kapitalistenklasse und als Streikbrecher hat sich im Kohlenbergbau ganz besonders deutlich gezeigt. Im Januar versuchte die Coolidge-Regierung einen Gesetzentwurf durchzubringen, nach dem Streiks für ungesetzlich erklärt und Zwangs-Schiedsgerichte eingeführt werden sollten. Aber die Senatoren der scharfmacherischen Unternehmer der Südstaaten verhinderten dies. Coolidge trat für diese Maßnahme ein, weil Mellon, Sekretär des Schatzamtes und ausschlaggebende Persönlichkeit in der gegenwärtigen Regierung, dies als Schutz gegen seine Kohlenkonkurrenten aus dem Süden verlangte. Diese jedoch schlugen ihn in dieser Frage, wie auch in der Frage seiner Kandidatur. Auch die Frage der Frachtraten war eines der wichtigsten Mittel, um den Bergarbeiterverband zu zertrümmern, denn durch die niedrigeren Frachtraten waren die Unternehmer des Südens imstande, die Kohle für die gleichen Preise doppelt so weit zu transportieren als die in den gewerkschaftlich organisierten Gebieten produzierte Kohle und die von den gewerkschaftlich organisierten Bergarbeitern geförderte Kohle in ihren eigenen Zentren aus dem Felde zu schlagen. Richterliche Befehle, Gesetze gegen Streikpostenstehen, Haftbarmachung der Gewerkschaft für die Verletzung von Individual-Verträgen, — alle diese gegen die Bergarbeiter gerichteten Maßnahmen der Unternehmer, die gleichzeitig erklären, daß das Abkommen von Jacksonville* für sie nicht verbindlich sei — das waren die Methoden, durch die die Regierung die Unternehmer bei der Vernichtung des Verbandes unterstützte, und Lewis'

* Das dreijährige Abkommen, das von den Unternehmern 1924 unterzeichnet wurde und am 1. April dieses Jahres abläuft.

Politik der Passivität oder des offenen Zusammengehens mit den Unternehmern hat ihr dabei direkt in die Hände gearbeitet.

Nach der Konferenz wurde der Bericht des Lohnkomitees angehört und gutgeheißen. Es wird darin Lewis und seinem Komitee jede Vollmacht eingeräumt, während alle lebenswichtigen Forderungen der Bergarbeiter sowie alle Vorbereitungen für den Streik unberücksichtigt blieben. Die darauf folgenden Verhandlungen mit den Unternehmern zeigten, in welcher Weise der Verrat durchgeführt werden sollte. In diesen Verhandlungen traten alle Gruppen der Unternehmer gegen das Abkommen von Jacksonville auf und verlangten eine Lohnskala, die sich entsprechend den Löhnen der Unorganisierten bewegen sollte, wodurch in Wirklichkeit die Löhne der gewerkschaftlich Organisierten auf eine Streikbrecherbasis gebracht würden. Man kam zu keinem Abkommen mit den Unternehmern, und das Komitee entschied sich für Bezirksabkommen. Später kündigte Lewis an, daß ein Streik nur das Zentralgebiet erfassen würde, eine Politik, durch die die Gruben der großen Eisenbahngesellschaften in Betrieb gelassen würden. Wenn aber der Kohlenstreik den Betrieb der Eisenbahnen nicht ernsthaft hemmen würde, so wäre die wahrscheinliche Folge eine Niederlage. Wenn die außenliegenden gewerkschaftlich organisierten Bezirke und auch die Streikbrecherbezirke im Süden arbeiten, so kann das Land viele Monate lang mit Kohle versorgt werden. Es heißt, daß die Bergwerksbesitzer, die organisierte Kräfte beschäftigen, in den gewerkschaftlich nicht organisierten Gebieten in Erwartung des Streiks Gruben pachten. Dagegen treffen die Bürokraten überhaupt keine Vorbereitungen, obwohl sie wissen, daß entweder eine Aussperrung oder eine Lohnkürzung zu erwarten ist. Die letzten Berichte melden, daß Lewis gegen einen Streik ist.

Das Angebot des Internationalen Bergarbeiterkomitees für Propaganda und Agitation zur Unterstützung des Streiks wurde zurückgewiesen. Wenn es dem linken Flügel und den Kommunisten nicht gelingt, mit ihrem Programm durchzudringen, so scheint der Verband in der Tat zum Verlust seiner Machtstellung in der Industrie verdammt zu sein.

KJAI SAMIN:
DER AUFSTAND AUF JAVA UND SUMATRA*
(INDONESIEN)

II.

Der Aufstand, seine starken und seine schwachen
Seiten

Seit 1917 trat der Lohnkampf, der Klassenkampf in den Vordergrund der Volksbewegung.

Unsere Partei wurde erst im Jahre 1920 in eine kommunistische umgewandelt. Sie hieß vorher „Indische Sozialdemokratische Vereinigung“. Die eingeborenen Genossen arbeiteten damals in dem bestehenden national-religiösen Massenverein Sarekat Islam. Unsere Forderung nach Verbesserung der ökonomischen Lebenslage der arbeitenden Volksmassen wurde im Sarekat Islam mit großem Beifall aufgenommen. Der Einfluß unserer Genossen stieg, hatte jedoch zur Folge, daß die Führerschaft des Sarekat Islams unsere Genossen aus dem Verein ausschloß. Im Jahre 1923 kam die Spaltung. Der linke Flügel, der die große Mehrheit umfaßt, ging mit uns und führte später den Namen Sarekat Rajat, d. h. Volksverein.

Unsere Partei, die an der Spitze jeder Streikbewegung der Arbeiter stand, eroberte die Sympathien der Massen in um so höherem Grade, je mehr sie den Verfolgungen der Regierung ausgesetzt war, je schwerere Streiche der Terror gegen sie führte. Dadurch wurde sie zur Führerin der revolutionären Volksbewegung. Am 13. November brach der Aufstand in Westjava aus. Es ist das erstmal in der Geschichte Indonesiens, daß die Volksmassen organisiert für politische Ziele in den Kampf getreten sind. Das „geduldigste und sanftmütigste Volk der Erde“, wie der berühmte holländische Schriftsteller Multatuli die Javaner nannte, greift zu den Waffen, um sich von der Unterdrückung zu befreien. Welch eine ideologische Umwandlung muß sich bei den Massen vollzogen haben! Welch eine Mißwirtschaft muß die holländische Regierung getrieben haben, daß sogar die geduldigen Javaner ihre Geduld verlieren!

Dem Novemberaufstand auf Java folgte der Aufstand auf Sumatra im Januar.

Während die holländischen Zeitungen erst schrien, die Aufstände seien von Moskau angeordnet und finanziell unterstützt worden, hat jetzt die holländische Polizei selbst die Beweise in Händen, daß der Aufstand im Einverständnis mit den Volksmassen organisiert wurde, daß die unterernährten abgemagerten Einwohner Javas noch Geld hergegeben haben, um Waffen zu kaufen, damit sie die holländische Herrschaft stürzen konnten.

* Schluß des gleichlautenden Artikels in Heft 13.

Wir werden sehen, welche Konsequenzen die Aufstände für den holländischen Imperialismus haben werden.

Die Durchführung des Aufstandsplanes und die dabei gemachten Fehler

Die Genossen, die den Aufstand geführt haben, haben das Beste geleistet, was sie unter den außergewöhnlich schwierigen Umständen haben leisten können. Doch sind einige Fehler gemacht worden, die aufgedeckt werden müssen, um in der Zukunft einen erfolgreichen Kampf zu ermöglichen.

Unsere Beurteilung stützt sich auf Berichte und Artikel der holländischen Zeitungen. Andere Quellen stehen uns momentan nicht zur Verfügung. Die starke Seite des Aufstandes bestand darin, daß vor dem Aufstand fast alle Bevölkerungsschichten sich der revolutionären Volksbewegung gegenüber nicht feindlich verhalten haben. Mit Ausnahme einiger bestochener Elemente unter den Eingeborenen gewann die revolutionäre Volksbewegung, in der der kommunistische Einfluß überwiegend war, die Sympathien aller. Sogar die Chinesen, deren Zahl in Indonesien nahezu eine Million beträgt, verfolgten die Entwicklung der indonesischen Volksbewegung mit der größten Sympathie. „Sin Po“, das in Indonesien als das einflußreichste Blatt der Chinesen gilt und auch von vielen Eingeborenen gelesen wird, forderte Anfang 1926 die Chinesen auf, die eingeborene Volksbewegung nicht nur moralisch, sondern auch materiell zu unterstützen.

Auch der Plan des Aufstandes war, wie die holländischen Zeitungen selbst zugegeben haben, gut ausgearbeitet. Und doch war der Umfang des Aufstandes nicht so groß, wie unsere Genossen es wohl erwartet haben. An einigen Orten war die Niederlage so schmachlich, wie die Genossen es sich sicherlich nicht geträumt haben. In der Hauptstadt Batavia war von einem ernststen Kampf mit der bewaffneten Macht keine Rede. Nach etwa vier oder fünf Tagen ist die Bewegung in der Hauptstadt erledigt. In den Dörfern von Bantam und Westsumatra hingegen waren schwere Kämpfe zu verzeichnen. Hier dauerte der Kampf etwa einen Monat.

Woran liegt es, daß in der Hauptstadt, wo sich doch die Arbeiterschaft befindet, der Kampf so schnell erledigt wurde? Was ist der Grund dafür, daß in den Dörfern von Bantam und später von Westsumatra der Kampf so lange aufgenommen werden konnte? Unter der städtischen Bevölkerung Batavias hatte unsere Partei einen großen Anhang. Einige Tage vor dem Ausbruch des Aufstands haben in Batavia durch die Drohungen und den Zwang seitens der Polizei mehr als 10 000 Menschen ihre Mitgliedskarte unserer Organisation, des Sarekat Rajat, abgeliefert. Man kann also annehmen, daß die wirkliche Zahl der Anhänger des Sarekat Rajats in Batavia viel größer sein müßte. Und doch beteiligten sich von diesen Tausenden vielleicht nur einige Hunderte an der Bewegung. Auf dem flachen Lande hingegen nahmen ganze Dörfer an der Bewegung teil, ganze Dörfer wurden von der männlichen Bevölkerung verlassen, die sich an den Kämpfen beteiligte.

Was ist der Grund dafür, daß der Aufstand sich nicht sofort nach Mittel- und Ostjava ausgedehnt hat, wo die Unzufriedenheit der Volksmassen nicht weniger groß ist und unsere Organisationen auch einen gewaltigen Einfluß hatten?

Viele führende Genossen wurden einige Wochen vor dem Ausbruch des Aufstands festgenommen und einige wurden verbannt. Unter diesen Genossen befanden sich vielleicht diejenigen, die den Plan des Aufstandes mit ausgearbeitet und die Einzelheiten der Durchführung gut studiert hatten. Die zurückgebliebenen Genossen, unter denen sich viele Jugendliche befanden, waren gezwungen, den Aufstand *m e c h a n i s c h* durchzuführen. So erklärt es sich, daß vor dem Ausbruch des Aufstands keine Losungen herausgegeben wurden. So erklärt es sich, daß eine kleine Gruppe von Genossen eine Telephonzentrale besetzt haben, statt diese nach Zerstörung der Telephonverbindungen sofort zu verlassen. Sie wußten, daß die Besetzung nicht lange, kaum einige Stunden, aufrechterhalten werden konnte. Und doch scheinen die Genossen dies getan zu haben. In einem anderen Stadtviertel hat eine andere Gruppe den Versuch gemacht, das Gefängnis, das von Soldaten bewacht wurde, anzugreifen. Alle diese Angriffe haben die Massen der städtischen Bevölkerung nicht mitreißen können. In Batavia und in anderen Städten, wie Tjiamis, war die Bewegung von den breiten Volksmassen isoliert. Die polizeiliche Ueberwachung und die Maßnahmen der Polizei in den Städten waren so scharf, daß die Verbindung der Führerschaft mit den Massen fast ganz unterbrochen wurde. In der Stadt waren die Militär- und Polizeikräfte konzentriert. Der schwere Schlag, der den ersten Angriff traf, bewirkte, daß die breiten Volksmassen eingeschüchtert wurden und sich den weiteren Kämpfen gegenüber untätig verhielten.

In den Dörfern war die Lage anders. Hier können die Verfolgungen gegen unsere Organisationen nicht so scharf durchgeführt werden. Zwischen der Dorfpolizei und den Dorfbewohnern gibt es mehr oder weniger freundschaftliche Beziehungen. Während die städtische Polizei ihr Gehalt von der Regierung erhält, wird das der Dorfpolizei von einem Teil der von der Bevölkerung aufgebrachten Steuern bestritten. Ist die Stadtpolizei ein vom Staate bezahltes Werkzeug, so spiegelt sich in der Lage der Dorfpolizei dagegen das Elend oder die Wohlhabenheit der Bevölkerung wider. Zwischen den Dorfbewohnern und der Dorfpolizei gibt es gewissermaßen gemeinschaftliche Interessen. Aus diesem Grunde allein ist es zu erklären, daß an der Aufstandsbewegung in den Dörfern sich auch Dorfpolizisten beteiligt haben, besonders in Westsumatra, wo durch die patriarchalischen Verhältnisse die Verbindung der Dorfbewohner mit der Dorfpolizei noch durch Verwandtschaftsbeziehungen verstärkt wird. In Sumatra erfaßte diese Verbindung noch weitere Kreise. Hier sollen, wie die holländischen Zeitungen zu melden wissen, sogar viele Staatsbeamte sich an der Organisierung des Aufstandes beteiligt haben. Ein höherer eingeborener Staatsbeamter soll sogar einen Führer der Aufstandsbewegung zu sich gerufen und ihn über die Truppenbewegungen informiert haben. Diese enge Beziehung ist ein Kennzeichen der Isoliertheit des Ortes. Je rückständiger ein Ort wirtschaftlich ist, desto freundschaftlicher sind gewöhnlich die Beziehungen zwischen Volksmassen und Verwaltungsbeamten. Ein Beamter, der der Regierung zu ergeben ist, wird häufig einfach beseitigt. Dies ist einer der günstigsten Faktoren für die Organisierung des Aufstandes. Das Fehlen guter Verkehrswege in einer solchen Gegend begünstigt außerordentlich die Kampfoperationen der Aufständischen. Auch das Vorhandensein vieler Wälder erleichtert ihren Kampf.

In Nordsumatra wird der Guerillakrieg gegen das holländische Militär bereits seit Ende 1925 geführt und bis jetzt ist er noch nicht völlig beendet worden.

Unsere Genossen haben damit gerechnet, daß die Soldaten und Polizisten sich weigern würden, den Befehlen ihrer Vorgesetzten Folge zu leisten. Von einer Dienstverweigerung in großem Umfange war während des Aufstandes jedoch keine Rede. Und doch dürfen wir glauben, daß eine Hoffnung in dieser Hinsicht wohl berechtigt ist. Denn vor dem Aufstand wurden viele Soldaten und Polizisten wegen revolutionärer Gesinnung entlassen. In der Gerichtsverhandlung haben die Genossen vor Gericht ausgesagt, daß die Polizisten und Soldaten, die mit dem Aufstande einverstanden waren, geheime Kennzeichen haben sollten, daß nur diejenigen Soldaten und Polizisten angegriffen werden durften, die das Stichwort nicht kannten. Daß die Beteiligung dieser Soldaten und Polizisten so gering war, erklärt sich daraus, daß unsere Genossen in den Städten die breiten Massen nicht mitreißen konnten. Und doch scheinen die Soldaten nicht so ganz willenlos zu sein. Wie ein holländisches Blatt „Java Bode“ mitteilte, wurden in Bantam viele Tausende scharfe Patronen verschossen, aber die Zahl der Getöteten und Verletzten auf der Seite der Aufständischen war so gering, daß man aus diesem Vorfall wohl schließen kann, daß die Soldaten ins Blaue geschossen haben. Die Soldaten und Aufständischen standen sich auf einer Entfernung von 10 bis 20 Metern gegenüber, so daß erstere viele niedermetzeln konnten, wenn sie nur wollten. In Surabaja wurden sofort nach dem Ausbruch des Aufstandes 14 Polizisten wegen revolutionärer Gesinnung verhaftet.

Auf Java sowohl wie auf Sumatra wurden Telephon- und Telegraphenverbindungen durchgeschnitten und Eisenbahnstrecken aufgerissen. In Mitteljava wurden Tabakscheunen in Brand gesteckt. Jedoch wurde der Generalstreik oder wenigstens der Streik der Transportarbeiter, der den Aufstand sehr unterstützen konnte, nicht proklamiert. Dieser Streik konnte die ganze Bewegung stärken. Dies ist einer der größten Fehler, die gemacht worden sind.

Zu Beginn war die Lage sehr günstig. Die Behörde wurde von den Vorgängen völlig überrascht. So überrascht war sie, daß sie nicht wußte, was anfangen. Wie die holländischen Zeitungen mitteilen, wurden zur Bekämpfung des Aufstandes in Bantam etwa 600 Soldaten herangezogen. Mehr Militär wagte die Behörde nicht dorthin zu schicken, weil sie fürchtete, daß auch in anderen Teilen Indonesiens Aufstände ausbrechen könnten. Die Regierung war anfänglich in der größten Verwirrung und war noch im Zweifel darüber, ob die Mannschaften zuverlässig wären. Diese günstigen Momente waren ungenützt vorübergegangen.

Ein anderer großer Fehler war es auch, daß der Ausbruch des Aufstandes nicht überall zu gleicher Zeit erfolgte. In Westjava erfolgte der Ausbruch in der Nacht vom 12. auf den 13. November. In Mitteljava brachen die ersten Unruhen erst einige Tage später aus. Inzwischen wurden die führenden Genossen verhaftet. Noch viel später ist der Aufstand auf Sumatra ausgebrochen. Erst am 2. Januar begann hier der Aufstand, also zwei Monate nach dem Ausbruch auf Java, wo der Aufstand zum größten Teil bereits unterdrückt war. Infolgedessen war es der Regierung leicht, Soldaten nach Westsumatra zu entsenden. Außerdem sind durch die Niederlage der Be-

wegung auf Java die Soldaten der Regierung gefügiger geworden. Diese Ungleichzeitigkeit des Ausbruches des Aufstandes hat der Regierung zu leichten Siegen verholfen und hat sie moralisch gestärkt. Unsere Reihen wurden geschwächt und verwirrt. Als wir in den Kampf traten, waren die Umstände günstig. Die Regierung verfügte nur über etwa 30 000 Soldaten und ebensoviele Polizisten gegenüber einer Bevölkerungszahl von 50 Millionen. Etwa 90 bis 95 Prozent davon sind Eingeborene, die wir leicht unter unseren Einfluß hätten bringen können, wenn bei der Durchführung des Aufstandes nicht so große Fehler gemacht worden wären.

Nachdem unseren Reihen viele schwere Schläge versetzt worden waren, änderte sich die Haltung der Massen. Waren sie vor dem Aufstand für uns, so gingen sie später aus Furcht vor den Soldaten gegen unsere Genossen vor, und viele Genossen sind von den eingeschüchternen Dorfmassen an die Soldaten ausgeliefert worden. Diese Fälle sind nicht nur auf Java, sondern auch auf Sumatra zu verzeichnen.

Es muß berücksichtigt werden, daß die Lage in Indonesien, besonders auf Java und Sumatra, ganz verschieden ist von der Europas. Es gibt dort keine großen Städte, wo Millionen Menschen konzentriert wohnen. Die Millionen Einwohner Javas befinden sich in den Dörfern. In unseren zukünftigen Kämpfen muß dafür gesorgt werden, daß, um den Kampf in den Städten erfolgreich beenden zu können, dieser Kampf erst in den Dörfern und auf den Plantagen einsetzt, um die Dekonzentrierung der militärischen und polizeilichen Truppen zu bewerkstelligen. Dadurch wird die Verteidigung der Städte geschwächt und uns deren Eroberung erleichtert. In den Dörfern und Plantagen ist es viel leichter, die Massen gegen die Staatsorgane und die Diener des Unternehmertums zu mobilisieren, weil hier die Polizeikräfte ganz ungenügend und Siege in den ersten Anfängen leicht zu erkämpfen sind, Siege, die notwendig sind, um die Massen zu begeistern und mitzureißen.

Wir haben eine Niederlage erlitten, wir müssen aus dieser Niederlage Lehren ziehen. Zusammenfassend können wir sagen, daß die starke Seite des Aufstandes in folgendem bestand:

1. Die ideologische Vorbereitung war gut, unsere Organisationen haben sich die Sympathien aller gesichert.
2. Unsere Gegner waren erst im Zweifel darüber, ob ihre Machtinstrumente zuverlässig waren.

Bis zum letzten Moment wußte die Regierung nicht, daß ein Aufstand ausbrechen würde. Dies beweist, daß die Regierung niemand oder nur wenige in unseren Reihen bestechen konnte, was ein gutes Zeichen für die weitere Entwicklung der revolutionären Volksbewegung ist.

Die schwachen Seiten des Aufstandes sind:

1. Die Durchführung des Aufstandes war mangelhaft, was seinen Grund darin findet, daß viele führende Genossen vor dem Aufstand oder einen Tag nachher verhaftet worden sind, so daß die Aufstandsbewegung wegen Mangel an führenden Kräften nicht schnell ausgedehnt werden konnte.
2. Die Genossen haben vor dem Aufstand keine Losungen herausgegeben, die klar zu den Volksmassen sprechen konnten, um sie für die Aufstandsbewegung zu begeistern und mitzureißen.

3. Statt den Aufstand in den Dörfern anzufangen und dadurch die Verteilung der Soldaten und der Polizei, die in den Städten konzentriert sind, zu bewirken, haben die Genossen sofort den Kampf gegen die konzentrierte Macht in den Städten aufgenommen, wodurch sie bei dem ersten Angriff zurückgeschlagen und die breiten Massen eingeschüchtert wurden.

Die Stimmungen während und nach dem Aufstand

Den ersten Tag nach dem Ausbruch des Aufstandes gerieten die holländischen kapitalistischen Zeitungen so außer sich vor Aufregung und Furcht, daß einige von ihnen sogar dazu aufgefordert haben, ganze Dörfer auszurotten.

Auch die holländischen Sozialdemokraten in Indonesien entpuppten sich während und nach dem Aufstand als die niederträchtigsten Lakaien des Imperialismus. Sie wußten, daß es für die Volksmassen keinen anderen Ausweg gab als den Aufstand; sie wußten, daß die Politik des holländischen Imperialismus die Gegensätze so verschärft hat, daß ein Aufstand die Folge davon sein mußte, und trotzdem verurteilen sie den Aufstand und nannten ihn eine Machenschaft Moskaus.

Auch dieser Aufstand wurde von den Sozialdemokraten als ein günstiger Moment aufgefaßt, um die einheimische Intelligenz gegen uns aufzuhetzen. Sie forderten sie dazu auf, die Volksmassen zu organisieren, um zu verhüten, daß die unheilbringenden Aufstandsmethoden fortgesetzt würden. Weiter forderten sie die einheimische Intelligenz auf, ihre Politik der Nonkooperation zu verlassen und sich politisch zu betätigen durch die Arbeit in den durch und durch reaktionären Vertretungskörperschaften.

Die Sozialdemokraten haben einige Erfolge zu verzeichnen gehabt. Ihre Wühlarbeit unter diesen politisch unreifen, gefühlvollen eingeborenen Intellektuellen, die sich mit Vorliebe Nationalisten nennen, hat manche von ihnen zu Verrätern „ihres Volkes“ gemacht. Dr. Sutomo, der hervorragende Vorsitzende des Studienklubs in Surabaja, der einen Monat vor dem Aufstand in einer Versammlung erklärt hat, daß der Kommunismus weder bei dem eingeborenen Adel noch bei den hinter diesem stehenden Intellektuellen wesentlichem Widerstand begegne, der Mann, der 1925 sich aus dem Gemeinderat zurückgezogen hat, um seinen Unwillen und seine nonkooperative Gesinnung gegenüber der holländischen Regierung zu bekunden, derselbe Mann beging nach der Niederlage des Aufstands den größten Verrat, indem er vor dem Gericht aus sagte, daß der Aufstand im Einverständnis mit den Nationalisten organisiert worden sei. Als er hörte, daß die Regierung das Heer und die Polizei vergrößern wolle, erbettelte er sofort für die Intellektuellen die Offiziers- und Polizeikommissarposten, damit die Einheimischen zusammen mit den Holländern die Verantwortung tragen könnten.

Dieser Mann bleibt jedoch nach wie vor Vorsitzender des Studienklubs, weil die Mitglieder der Meinung sind, er habe mit seiner Stellungnahme dem Aufstand gegenüber nicht gegen die Grundsätze des Klubs verstoßen.

Die Sozialdemokraten fahren fort, die Intellektuellen für sich zu gewinnen und sie zu korrumpieren. Ende Januar, in einer Versammlung im Gebäude

des Studienklubs in Surabaja, äußerte der Sozialdemokrat Stokvis, nachdem er den Aufstand verurteilt hatte, u. a. folgendes:

„Vorausgesetzt jedoch, daß die Kommunisten durch die Gewalt der Waffen, also durch die Quantität, ihre Gegner besiegt hätten. Was würde politisch damit erreicht? Nichts, was der nationalen Sache der indonesischen Völker Vorteil hätte bringen können. Wenn die niederländische Herrschaft niedergeworfen wäre, so würde die Folge davon die sein, daß Indonesien als die reichste und schwächste, als die begehrteste und machtloseste Einheit in den asiatischen Wirrwarr hineingeschleudert werden würde.“ Stokvis rief den Intellektuellen zu: „Denken Sie doch daran, mit diesen Methoden (mit revolutionären Methoden. K. S.) verstärken Sie die Reaktion und die Macht des Stärkeren. Die kommunistischen Anschläge haben erreicht, daß jetzt Dutzende Millionen aus dem Staatsbudget herausgezogen werden für die Vergrößerung des Heeres und der Polizei, das sind die Summen, die sonst für andere Zwecke, die mehr im Interesse des Volkes liegen, verwendet werden könnten.“

Wie ganz anders ist die Stellungnahme der Chinesen in Indonesien, deren Zahl nahezu eine Million beträgt. Die übergroße Mehrheit von ihnen ist in Indonesien geboren, sie sind zum größten Teil Kleinhändler und Arbeiter, die tagtäglich mit den Einheimischen verkehren. Zudem werden die Chinesen in Indonesien staatsrechtlich den Einheimischen gleichgestellt, nicht den Europäern, wie dies wohl bei den Japanern und Siamesen der Fall ist. Sie haben denselben Gerichtsstand wie die Eingeborenen, und die Polizei kann sie schikanieren genau wie diese. Bei der Gründung des Sarekat Islam im Jahre 1913 war eine scharfe Gegnerschaft zwischen Eingeborenen und Chinesen, weil erstere diese als die Ursache allen Elends der Eingeborenen betrachteten. Es ist der Arbeit der Kommunistischen Partei seit 1923 zu verdanken, daß diese Feindschaft jetzt aus der Welt geschafft ist und an ihrer Stelle eine Freundschaft entsteht. Und seitdem ist diese Freundschaft noch enger geworden. Nicht nur vor dem Aufstand haben die chinesischen Zeitungen und viele Chinesen unsere Organisationen unterstützt, auch nachher, als unsere Partei von allen Seiten angegriffen wurde, waren es die chinesischen Zeitungen, die unsere Partei verteidigt haben. „Sin Po“ hat vor einem Jahre die Chinesen aufgefordert, unsere Bewegung materiell zu unterstützen.

Am 27. November 1926 schrieb dieses Blatt der Chinesen u. a. folgendes:

„Alle holländischen Blätter meinen, die Sowjets hätten die Hand im Spiel bei den großen Unruhen in Java. Sie wollen die ganze Schuld oder den größten Teil der Schuld auf Moskau abwälzen. Moskau sei der Hetzer, Moskau habe die Waffen geliefert usw. usw.“

Besser wäre es, wenn die holländische Presse alle Ursachen des Aufstandes hier im Lande selbst suchen und nicht alle Schuld auf andere abwälzen würde. Jeder nüchterne Beurteiler muß begreifen, daß es undenkbar ist, daß der Aufstand nur eine Folge der „Hetze“ Moskaus war.

Alle großen Ereignisse sind von großen Ursachen bedingt, und viel wichtiger ist es, diese festzustellen, als Moskau oder Kanton anzubellen, wie ein Hund den Mond anklafft.“

Diese der indonesischen Volksbewegung freundlich gegenüberstehende Stellungnahme findet ihre Ursache in hohem Maße im Einfluß der Ereignisse in China. In den letzten Monaten sind Hunderte in Indonesien geborene Chinesen nach Kanton abgefahren, um in die Kantonarmee einzutreten. Trotz der Drohungen der holländischen Regierung, daß diejenigen, die nach Kanton gefahren sind, nicht wieder nach Indonesien zurückkehren dürften.

Es gibt also viele Gründe, die die Chinesen in Indonesien veranlassen, mit den Einheimischen zusammenzuarbeiten.

Die Perspektiven unserer Bewegung

Von allen Parteien in Indonesien ist es einzig die Kommunistische Partei, die der Befreiungsbewegung Indonesiens außergewöhnlich große Opfer gebracht hat. Nur die Kommunistische Partei ist es, die konsequent den revolutionären Kampf gegen den holländischen Imperialismus propagiert und aufgenommen hat. Es ist auch die Kommunistische Partei, die den Massen ein klares Programm und eine klare Linie gegeben hat. Kommunisten sind es, die die vielen Streiks geführt und die Massen ideologisch und systematisch unter ihren Einfluß gebracht haben. Die Führer der anderen Organisationen haben die Massen verraten, als diese sich ohne ihre Genehmigung in Bewegung setzten, wie z. B. Tjokroaminoto, der Vorsitzende des Sarekat Islam, der 1919 die an den Zusammenstößen mit der Polizei Beteiligten schmäählich verraten hat und vor dem Gericht kroch, um sich keine Strafe zuzuziehen. Die Haltung unserer Genossen, vor welchem Gericht auch, zeigt den Massen, daß die Kommunisten vor keinen Konsequenzen zurückschrecken, wenn es gilt, die Interessen der Werktätigen zu verteidigen. Deshalb ist das Vertrauen der breiten Volksmassen zu den Kommunisten so groß, daß diese den Aufstand führen konnten. Viele verlorene Streiks haben die Kommunisten geführt und trotzdem ist das Vertrauen der Massen in unsere Partei nicht erschüttert. Wie der verlorene Eisenbahnerstreik zur Stärkung unserer Partei geführt hat, so dürfen wir wohl erwarten, daß der Aufstand auf Java und Sumatra, obgleich verloren, den ideologischen Einfluß der kommunistischen Bewegung nicht schwächen, sondern stärken wird.

Die Volksmassen in Indonesien, besonders auf Java, sind so verelendet, daß sie immer wieder gezwungen sein werden, auf revolutionärem Wege zu kämpfen, um ihre Lebenslage zu verbessern. Nach einer Schätzung, die wir den „Oekonomisch-Statistischen Berichten“ entnehmen, sollen die wichtigsten Steuern in Indonesien, wie Einfuhr, Ausfuhr, Schlachtsteuer, Kopfsteuer und andere Arten Steuern und Akzisen für 1927 158,6 Millionen Gulden betragen, davon sollen 148,9 Millionen Gulden von den Eingeborenen aufgebracht werden. Diese Zahlen beweisen die krasse Ausbeutung der Volksmassen durch die holländische Regierung. In diesem Jahr wird die sogenannte Kopfsteuer, die von der Bevölkerung als die ungerechteste Steuer empfunden wird, weil die städtische Bevölkerung sie nicht zu zahlen braucht, aufgehoben. Diese Aufhebung vermindert die Staatseinkünfte um 12 Millionen Gulden. Die Regierung sucht sich jedoch durch die Erhöhung der indirekten Steuern zu entschädigen. Im Jahre 1926 wurden für 1927 und 1928 weitere Steuervermindierungen in Aussicht gestellt. Die Vergrößerung des Heeres und der Polizei nach dem Aufstand wird diese Steuerermäßigung jedoch unmöglich machen. Dies bedeutet, daß die Volksmassen genau wie im vorigen Jahre weiter unterdrückt werden, vielleicht in noch schlimmerem Maße.

Der jetzige Generalgouverneur Indonesiens, Dr. de Graeff, war vorher Gesandter Hollands in Tokio und Washington. Die Ernennung eines Diplomaten zum Oberhaupt des holländischen imperialistischen Staates in Indo-

nesien ist keine zufällige Angelegenheit. Diese Ernennung zeigt, daß im Osten viele schwierige außenpolitische Probleme auftauchen, die die holländische Herrschaft bedrohen. Gewöhnlich ernennt Holland dann einen Diplomaten zum Generalgouverneur, wenn die außenpolitischen Probleme seine Herrschaft gefährden könnten, wie dies während des Krieges der Fall war. Damals wurde Dr. van Limburg-Stirum, der ebenfalls holländischer Gesandter in Tokio war, zum Generalgouverneur von Indonesien ernannt. Der jetzige Hauptvertreter des holländischen Imperialismus, Dr. de Graeff, hat jedoch kein Glück. Seine honigsüßen Redensarten machten nicht den geringsten Eindruck auf die Volksmassen. Zwei Monate nach seinem Amtsantritt sind die Volksmassen Javas und Sumatras in den Aufstand getreten.

Die außen- und innenpolitischen Probleme gefährden jetzt gleichermaßen die holländische Herrschaft. Die letzteren Probleme versucht die Regierung durch Terror zu lösen, durch Todesurteile, außergewöhnlich schwere Strafen und durch Verbannung der indonesischen Führer der Volksbewegung nach Neu-Guinea. Damit ist die revolutionäre Volksbewegung Indonesiens jedoch nicht unterdrückt. Verlumpte Intellektuelle kann die Regierung bestechen, die großen Massen werden jedoch weiter kämpfen. Der kommunistische Einfluß hat sich bereits in den Herzen von Millionen verankert. Daß die Regierungsmänner selbst die Lage noch als äußerst gefährlich betrachten, beweist wohl die Unterredung, die der vor kurzem in den Ruhestand getretene Oberstaatsanwalt Indonesiens, Wolterbeek-Muller, dem holländischen Blatt „Java Bode“ gewährt hat. Dieser Mann war Chef der indonesischen Polizei. Ueber die kommunistische Bewegung sagte er u. a. folgendes:

„Was die kommunistische Bewegung anbelangt, so glaube ich, daß diese am treffendsten von Dr. Talma (Vorsitzender des Zuckersyndikats auf Java, K. S.) im Volksrat charakterisiert worden ist. Die kommunistische Bewegung gleicht einer Welle, die sich zurückzieht, um mit größerer Kraft von neuem anzurollen. So betrachte auch ich die Lage. Die Vorgänge der letzten Jahre rechtfertigen zur Genüge diese Charakterisierung.“

Im Jahre 1924 waren Anzeichen dafür vorhanden, daß sich auf einem Teil Javas, Sumatras und Borneos durch die außerordentlich hohen Preise des Kautschuks eine starke eingeborene kleinbürgerliche Schicht herausbilden würde. Das holländische Kautschukkapital, das unter der Kontrolle des Finanzkapitals steht, duldet jedoch keine Konkurrenz und will allen Gewinn aus dem Kautschukgeschäft für sich allein beanspruchen. Es versucht, durch viele Kniffe die Entwicklung des Kautschukhandels der Eingeborenen zu hindern. Und die endgültige Vernichtung der Kautschukproduktion der Einheimischen wird nicht lange auf sich warten lassen. Die Macht des Finanzkapitals in Indonesien ist so groß, daß es jeden Aufschwung der Wirtschaft der Einheimischen unterdrücken kann und wird.

Das Vordringen des ausländischen Kapitals in Indonesien erfolgte so schnell, daß auch die Klassenbildung sowohl auf Java als auch auf den anderen Inseln Indonesiens sich rasch vollzieht. Dadurch ist das Aufkommen einer festen bürgerlichen Ideologie, ähnlich der kleinbürgerlichen in Westeuropa, die die revolutionäre Bewegung hemmen könnte, nicht möglich oder zumindest schwierig.

Daß die holländische Regierung den Ernst der Lage sehr wohl begreift,

beweist die Tatsache, daß sie das Heer und die Polizei nicht nur vergrößert, sondern das Heer jetzt auch dezentriert, um im Falle des Aufstandes schnell eingreifen zu können. Während vor dem Aufstand das Heer dazu da war, das Land vor allem gegen den äußeren Feind zu verteidigen, so wird es jetzt mehr als Waffe gegen den inneren Feind gebraucht.

Wie die Revolution in Rußland die chinesische Revolution beeinflußt, so wird die chinesische Revolution und deren Sieg die indonesische Volksbewegung gewaltig vorwärts treiben.

Schwere Kämpfe stehen auch in Indonesien bevor. Aus diesen Kämpfen können die indonesischen Volksmassen nur dann als Sieger hervorgehen, wenn in Indonesien, wenn auch illegal, eine kommunistische Partei mit marxistischer Führung existiert. Unsere Partei hat den Volksmassen eine revolutionäre Tradition gegeben, und diese wird nicht so leicht verschwinden. Das verlorene Prestige der holländischen Herrschaft wird ein Weiteres tun, um die Massen zu revolutionieren. Aber auch auf Grund der im Osten drohenden Kriegsgefahren ist es notwendig, daß in Indonesien sofort an die Wiederherstellung der kommunistischen Partei herangegangen wird, die in Zukunft imstande sein wird, den imperialistischen Krieg in einen Freiheitskrieg gegen die holländische Herrschaft umzuwandeln. Die erste Etappe der Revolution in Indonesien wird, wie in China, die Niederwerfung des Imperialismus sein.

W. MISCHKE:

ZUR FRAGE DES GARANTIEVERTRAGS ZWISCHEN DER USSR UND LETTLAND

In seiner Polemik gegen den Redakteur der „Rigaschen Rundschau“, P. Schiemann, schrieb der „linke“ lettische Sozialdemokrat F. Mender im Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei „Sozialdemokrats“ vom 8. März:

„Wir müssen P. Schiemann darin zustimmen, daß die Politik Englands, soviel wir sie von der Ostseeküste aus beobachten können, die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Baltischen Staaten nicht mit mehr oder weniger realen Mitteln garantiert. Wir mußten bereits mehrfach darauf hinweisen, daß die Baltischen Staaten, vom Standpunkt des konservativen Englands ein Produkt des Weltkriegs und der russischen „Wirren“, in der Politik Englands — und, wie uns scheint, nicht nur in ihr allein — ausschließlich als eventuelles Tauschobjekt beim Ausgleich großer politischer Gegensätze figurieren. Bei der Besprechung . . . außenpolitischer Hindernisse für den Abschluß des Vertrags werden wir nicht fehlen, wenn wir sagen, daß die Fäden dieser Hindernisse heute über unser Nachbarland — Estland — nach England führen. Und an diesem Punkte setzt auch die Erklärung dafür ein, warum wenigstens ein Teil der lettischen Bourgeoisie sich so scharf gegen den Garantievertrag zu wenden beginnt, je weiter die Verhandlungen mit Rußland fortschreiten.“

Die Fäden des englischen Einflusses auf Lettland führen heute, wie Mender sagt, über Estland. Dies ist augenscheinlich der Grund, warum die linke Regierung bereits in ihrer Deklaration einen Satz vom „Abschluß eines

Garantievertrags mit der USSR nur mit Einwilligung Estlands und Finnlands“ aufgenommen hat. Der Vertrag wird tatsächlich mit Einwilligung Estlands abgeschlossen, und der Druck, den England auf Estland ausübt, wirkt sich somit auch auf Lettland aus. Mender verschweigt aber, daß dieser Einfluß seinen Weg nicht allein über Estland nimmt. In diesem Falle ist es von Bedeutung, zu konstatieren, daß ein „linker“ Sozialdemokrat, ohne entsprechenden Vorbehalt seitens der Redaktion des sozialdemokratischen Zentralorgans, die Baltischen Staaten, darunter auch Lettland, in einer bei Sozialdemokraten wenig üblichen Weise als „Tauschobjekt“ in den Händen großer kapitalistischer Staaten „beim Ausgleich großer politischer Gegensätze“ bezeichnet.

Diese im Munde eines, wenn auch „oppositionellen“ Sozialdemokraten etwas ungewöhnliche Definition der Rolle Lettlands verdankt ihre Entstehung der Verschärfung der wirtschaftlichen Krise, unter der Lettland heute leidet, der großen Arbeitslosigkeit, der Radikalisierung breiter Massen der Arbeiterschaft und des Kleinbürgertums, wodurch die linke sozialdemokratische Regierung *g e z w u n g e n* wird, durch Anknüpfung von Wirtschaftsbeziehungen mit der USSR einen Ausweg aus dieser Situation zu suchen. Wir wollen hier von einer Charakteristik der gegenwärtigen Wirtschaftskrise absehen, bemerken jedoch, daß das März-Bulletin des Staatlichen Statistischen Amtes, wie die Zeitung „Sewodnja“ vom 19. März mitteilt, allein für Januar 1927 14 Bankrotte in einer Gesamthöhe von 656 955 Lat meldet, darunter 10 Bankrotte in der Gesamthöhe von 605 979 Lat in Riga; im Februar betrug die Gesamthöhe der Bankrotte 111 814 Lat, darunter 6 Bankrotte in der Gesamthöhe von 76 814 Lat in Riga, während die Gesamthöhe der Bankrotte für das ganze Jahr 1926 nur 587 990 Lat betrug. Die Zahl der Bankrotte und ihre Gesamthöhe hat im Vergleich zu den Vorjahren die Höchstziffer erreicht. Augenscheinlich handelt es sich faktisch um Zusammenbrüche, die bereits im vorigen Jahre stattgefunden haben, die aber erst im laufenden Jahre juristisch festgestellt und formuliert wurden. „Jedoch — meint die Zeitung ‚Sewodnja‘ — ändert dies nichts an der Sache und beweist nur, daß die Krise in vollem Gange ist.“

Mit besonderer Schärfe wirkt sich die Krise in der Industrie aus, was nur ganz natürlich ist. Lettland besitzt keine Rohstoffbasis, keinen inneren Absatzmarkt, der Westen braucht die lettische Industrie nicht und sie kann mit ihm auch nicht konkurrieren. So ist Lettland außerstande, seine Industrie zu entfalten. Dank seiner geographischen Lage, die die stete Abhängigkeit Lettlands von irgend einer Großmacht bedingt, verfällt Lettland, mit seiner westlichen Orientierung unter den gegebenen internationalen Verhältnissen, wo zwischen England und der USSR scharfe Gegensätze heranreifen, unvermeidlich dem Schicksal eines „Tauschobjekts“, eines Werkzeugs in den Händen Englands in erster Linie.

Im Leitartikel vom 11. März schreibt der „Sozialdemokrats“, der „Grundsatz“ der Auslandspolitik der heutigen Regierung bestehe in folgendem:

„Für uns müssen nicht die Interessen der Großstaaten — Englands und Rußlands — maßgebend sein, sondern die Interessen Lettlands, die Interessen seiner Wirtschaftsentwicklung.“

Doch des Pudels Kern ist ja eben, daß die „Interessen Lettlands“

nur in engem Bunde mit der USSR gewahrt werden können. Einzig die USSR kommt ernstlich als Absatzmarkt der lettischen Industrie in Frage, die USSR ist auch der Hauptrohstofflieferant der lettischen Industrie. Aus einem wirtschaftlichen Bündnis mit der USSR kann Lettland auch als Transitland Vorteile ziehen.

Es ist interessant darauf zu verweisen, daß drei Tage nach der Veröffentlichung des eben besprochenen Aufsatzes des Oppositionsanhängers Mender, die Redaktion des „Sozialdemokrats“, d. h. die Partei selbst, ganz ungewöhnliche Dinge äußert, so:

„Wir sind mehr als Rußland am Abschluß eines wirtschaftlichen Vertrages interessiert und müssen daher in dieser Angelegenheit die aktivere Seite sein. Sollte dies bisher nicht der Fall gewesen sein, so kann das vom Standpunkt des lettischen Staates in keiner Weise gerechtfertigt werden.“

In der Tat: Vom Standpunkt der lettischen Wirtschaftsinteressen ist ein wirtschaftliches Bündnis mit der USSR von entscheidender Bedeutung. Für die USSR dagegen, ist ein solches Bündnis mit Lettland wohl eine wichtige Aufgabe, aber immerhin keine von erstklassiger Bedeutung. So wäre z. B. ein sowjetrussischer Auftrag in der Höhe von 10 bis 20 Millionen Rubel von größter Bedeutung für die lettische Industrie, während er im Vergleich mit den gesamten Wirtschaftsbedürfnissen der USSR keineswegs schwer ins Gewicht fällt.

Zwischen der USSR und Lettland werden in Riga Verhandlungen über einen Garantievertrag gepflogen. Die wichtigsten Punkte dieses Vertrages sind bereits parapiert. Dem Garantievertrag soll der Abschluß eines Handelsvertrags und die Herstellung engerer Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten folgen.

Wie stellen sich die verschiedenen sozialen Schichten des Landes zum Abschluß des Garantievertrags? Welche inneren Schwierigkeiten sind dabei zu überwinden?

Die rechte, d. h. die kulakische Bourgeoisie, steht in geschlossener Front gegen den Garantievertrag.

Die „Brihwa Seme“, das Organ des „Bauernbundes“, einer Partei der agrarischen Großbourgeoisie, die zugleich auch die stärkste bürgerliche Partei Lettlands ist, schreibt am 12. März:

„Der Direktor der bolschewistischen Transitbank, Lorenz, ist „inkognito“ in Reval erschienen, um über den Standpunkt der estländischen Sozialdemokraten gegenüber dem Garantievertrag Klarheit zu gewinnen. Ihm wurde eine ablehnende Antwort zuteil. Nach seiner mißglückten Revalreise begab sich Lorenz in „privaten“ Angelegenheiten nach Moskau, wo er mehrfache Besprechungen mit den Leitern des bolschewistischen Staates hatte. Hier wurden von Lorenz, gemeinsam mit dem Außenhandelskommissar Mikojan und im Einverständnis mit Stalin, Entwürfe eines Garantievertrags und Handelsvertrags zwischen Sowjetrußland und Lettland ausgearbeitet. Die Durchführung des Wirtschaftsvertrages übernahm Lorenz gemeinsam mit dem juristischen Beirat der bolschewistischen Vertretung in Riga, Buschewitz; als Gegenleistung wurde der bolschewistischen Transitbank die Flachsausfuhr Sowjetrußlands sowie andere Vorrechte und Konzessionen in Aussicht gestellt. Dem folgte eine Reise des Auslandsministers Zeelens nach Reval. Die kategorische Erklärung Zeelens' — wenn Estland keinen Garantievertrag mit Sowjetrußland schließt, so werde Lettland es allein tun — ist den estländischen politischen Kreisen gänzlich unerwartet gekommen. Zeelens erhielt darauf natürlich einen abschlägigen Bescheid.“

Das Organ des Bauernbundes versucht, wie aus obigem Zitat hervorgeht, durch erfundene provokatorische Mitteilungen den Vertrag zu kompro-

mittieren. Indem es sich gegen dessen Abschluß ausspricht, verbirgt es sich hinter dem Rücken „politischer Kreise Estlands.“

„Latwis“, das faschistische Organ der Bankkreise, wendet sich noch schärfer als das Organ des Bauernbundes gegen den Abschluß des Garantievertrags. Der Redakteur der „Latwis“, A. Bergs, polemisiert in einem Leitartikel vom 5. März „Eine gefährliche Politik“ gegen den bereits erwähnten Redakteur P. Schiemann und schreibt:

„Rußland ist der einzige Staat, der uns ernstlich bedrohen könnte. Es ist ein vergeßliches Beginnen, Garantien dort zu suchen, von wo aus wir bedroht werden. In einer Beziehung ist die Wahrheit unumstritten auf seiten des Herrn Schiemann — nämlich, daß die Baltischen Staaten es vermeiden müssen, sich zu Schachfiguren der internationalen Politik herzugeben. Das ist richtig. Wir glauben aber, es sei vollkommen klar, daß gerade der von ihm empfohlene baldigste Abschluß eines Vertrags mit der USSR uns zu einer solchen Schachfigur machen würde. Gegenwärtig ist es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen England und Sowjetrußland gekommen. Letzteres beginnt seine Ohnmacht zu fühlen und zu verstehen, daß sein verlorenes Spiel weittragende Folgen haben kann. Würden wir gegenwärtig einen Vertrag mit Sowjetrußland schließen, so würden wir uns bei seinem Zusammenstoß mit England auf seine Seite stellen, d. h. mit anderen Worten, wir würden uns in die große Weltpolitik hineinziehen lassen, und zwar würden wir uns auf die Seite desjenigen stellen, der uns einzig bedrohen könnte. Dies wäre ein Abenteuer, dessen unser Außenminister vielleicht fähig ist, dem aber Lettland zweifellos die Zustimmung versagen wird.“

Weiter heißt es:

„Die Interessen Englands verlangten immer eine Schwächung Rußlands, und es liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß sich hier in der Zukunft etwas ändern würde. Hat einer der großen Weltstaaten ein selbständiges Interesse daran, daß die Baltischen Staaten keine einfachen russischen Gouvernements sein sollen, so ist es gerade England. Selbstverständlich wollen wir uns nicht darauf verlassen, daß England nach Riga oder Libau Truppen senden wird, doch jedenfalls können wir uns auf die diplomatische Unterstützung Englands gegen Rußland verlassen.“

Die Presse des „aktiven Nationalismus“, d. h. des ungezügelten Faschismus, die fast ungehindert von der sozialdemokratischen Regierung erscheinen darf, während die kommunistische Presse immer noch illegal ist, die linke Gewerkschaftspresse energischer denn je von der sozialdemokratischen Regierung verfolgt wird, — diese Presse wendet sich aufs schärfste gegen den Abschluß des Garantievertrages.

Eine kleine Dissonanz im einmütigen Geheul der rechten lettischen Bourgeoisie bedeutet die Stellungnahme des Vertreters der deutschen Industriellen, P. Schiemanns, Redakteur der „Rigaschen Rundschau“, der sich für den „baldigsten Abschluß des Vertrags“ ausspricht.

Gleichzeitig steht der „linke“ Sozialdemokrat F. Mender auf dem Standpunkt, daß die Baltischen Staaten auch von der Regierung der USSR Knechtung zu erwarten hätten. Indem die Sozialdemokraten, darunter auch der „linke“ Mender, den Standpunkt eines bürgerlichen Staates vertreten und die Beziehungen mit der USSR vom Standpunkt der Wiederherstellung der kapitalistischen Wirtschaft Lettlands aus betrachten, beurteilen sie die USSR als ein Land des wiedererstehenden Kapitalismus, als ein imperialistisches Land. Es ist leicht begreiflich, daß bei einer solchen Einstellung der USSR gegenüber die Sozialdemokratische Partei keine entschiedene Politik zugunsten enger wirtschaftlicher Beziehungen mit der USSR führen kann.

Dies wird auch dadurch erschwert, daß die sozialdemokratische Regierung bereits in ihrer Deklaration sich in der Frage des Garantievertrags mit der U.S.S.R. von Estland und Finnland abhängig gemacht hat. Mender schreibt wohl:

„Die vertraglichen Beziehungen mit Estland schätzen wir sehr hoch. . . . Wir würden aber von der lettischen Politik zuviel verlangen, wenn wir eine Abhängigkeit Lettlands von Estland gerne sehen würden. Dies bedeutet: Mit Estland in bezug auf den Garantievertrag, wenn Estland es wünscht. — Unabhängig von Estland, wenn es ausschließlich um irgendwelcher eigener Interessen willen heute den Vertrag nicht unterschreiben könnte.“

Als nun aber die Verhandlungen über den Abschluß des Garantievertrages ihrem Ende entgegengingen, beeilte sich die Redaktion des „Sozialdemokrats“ in ihrer Nummer vom 13. März, in Angst vor dem Druck Englands auf Estland und einem entsprechenden Druck Estlands auf Lettland, die estländische und lettische Bourgeoisie und auch Mender zu beruhigen:

„Die estländische Regierung weiß, daß Zeelens und Aralow keinen einzigen Punkt paraphiert haben, der nicht vorher von Zeelens mit dem estländischen Außenminister Akel vereinbart wäre. . . . Wir haben heute gar nicht die Absicht — wie es einige estländische Presseorgane behaupten —, um jeden Preis mit Rußland einen separaten Sicherheitsvertrag abzuschließen.“

Auch darauf sei verwiesen, daß im Herbst und Anfang Winter vorigen Jahres, als die Sozialdemokratie noch keine Regierungspartei war, und sie angesichts der großen Arbeitslosigkeit eine Kampagne für die Hebung der Lage der Erwerbslosen führte, sie die Frage der Notwendigkeit enger Wirtschaftsbeziehungen mit der U.S.S.R. — wie sonderbar es auch scheinen mag — mit vollständigem Stillschweigen überging.

Weiter. Der „Sozialdemokrats“ schreibt in seinem Leitartikel vom 15. März:

„Die Hauptstütze der faschistischen Ideologie in Europa ist heute die konservative Regierung Englands. . . . In der Person Chamberlains und Churchills organisiert die konservative englische Regierung heute, wie wir es in den letzten Telegrammen lesen (wirklich nur in den letzten und überhaupt nur in Telegrammen? — W. M.), eine allgemeine feindliche Front gegen die U.S.S.R. Die reaktionären Pläne dieser Regierung, die das Erstarken des Faschismus auch dort zu fördern geeignet sind, wo er unter anderen Verhältnissen gar keinen realen Boden unter den Füßen hätte, treten hier deutlich zutage.“

Augenscheinlich ist damit Lettland gemeint. Doch die politische Blindheit der sozialdemokratischen Führer ist geradezu erstaunlich: Erst aus den letzten Telegrammen haben sie erfahren, daß der faschistische Umsturz in Lettland von England organisiert wird. Noch zur Zeit des gescheiterten faschistischen Staatsstreichs in Wolmar, gerade an demselben Tag, wo er versucht wurde, d. h. am 21. Januar, schrieb die Sozialdemokratie in ihrem Zentralorgan über den erwarteten faschistischen Staatsstreich als von einem „Staatsstreich eines grauen Katers“. Als aber die Tatsache des Staatsstreichs nicht weggeleugnet werden konnte, als die „Lehre“ vom „Staatsstreich des grauen Katers“ von der Wirklichkeit als jämmerliches kleinbürgerliches Gestammel widerlegt wurde, kam aus dem Munde des sozialdemokratischen Führers eine Predigt, deren objektive Bedeutung dahinging, die Wachsamkeit der lettischen Arbeiter einzulullen: in Lettland sei ein faschistischer Staatsstreich zwar möglich, doch könne er niemals siegen. Die politische

Blindheit der Sozialdemokraten beruht hauptsächlich darauf, daß sie den Faschismus nicht begreifen. Sie verstehen nicht, daß der Faschismus auch in Lettland soziale Wurzeln hat, daß auch er ein Bestandteil des Weltfaschismus ist, daß hinter dem Rücken der lettischen Faschisten englische Geldsäcke stehen und daß die gegenwärtige internationale Situation einem faschistischen Staatsstreich in Lettland ziemlich günstig ist. Aus diesem Grunde — zum Teil aus kleinbürgerlicher Feigheit, zum andern Teil aus Furcht vor England und der lettischen Bourgeoisie, endlich auch aus philisterhafter Naivität in Fragen des Klassenkampfes — führt die Sozialdemokratie fast gar keinen Kampf gegen den heranrückenden faschistischen Staatsstreich.

In ihrer Nummer vom 6. Februar hat der „Sozialdemokrat“, um die Verfolgungen der Kommunisten durch die sozialdemokratische Regierung zu rechtfertigen und weiteren Verfolgungen die Wege zu ebnen, unversehens ausgeplaudert, mit wem die lettischen Faschisten in Verbindung stehen und worauf sie rechnen. Die Zeitung schreibt:

„Bei einer Durchsuchung der Wohnung des nationalistischen Führers Indrik Pone wurden gefunden — kommunistische Aufrufe und gleichzeitig faschistische Literatur, sowie ein Briefwechsel mit italienischen Faschisten. Italien steht aber unter starkem englischem Einfluß und so spricht dies dafür, daß der Einfluß Englands auf Lettland sich in der Richtung der Verbindung lettischer Faschisten mit italienischen betätigt.“

Ein faschistischer Staatsstreich in Lettland würde heute nicht nur den Abschluß und die Verwirklichung des Garantie- und des Handelsvertrags mit der USSR unmöglich machen, sondern auch Lettland endgültig zu einem Stützpunkt Englands bei der Vorbereitung einer imperialistischen Intervention und Offensive gegen die USSR machen. Indem die sozialdemokratische Bürokratie auf den Kampf gegen den Faschismus verzichtet, führt sie auch keine entschiedene Politik zugunsten enger wirtschaftlicher Beziehungen zwischen der USSR und Lettland, — ja noch mehr, sie untergräbt selbst diese Politik.

Wodurch aber haben sich die sozialdemokratischen Führer bewegen gefühlt, in ihrem Zentralorgan (vom 15. März) einen ziemlich entschiedenen Leitartikel zugunsten eines Garantievertrags zwischen der USSR und Lettland zu veröffentlichen? Was hat die sozialdemokratische Regierung genötigt, die Hauptpunkte des Vertrages zu paraphrasieren?

Die Massen, die kleinbürgerlichen und die Arbeitermassen entwickeln sich unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise und unter dem Eindruck der faschistischen Gefahr immer mehr nach links und verlangen immer dringender von der sozialdemokratischen Bürokratie und den sozialdemokratischen Ministern nicht nur den baldigsten Abschluß eines Garantie- und Handelsvertrags mit der USSR, sondern auch eine Säuberung des Staatsapparates von faschistischen Elementen, Entwaffnung und Auflösung aller faschistischen Organisationen, Schließung der faschistischen Presse und Ausweisung der faschistischen Redakteure aus Lettland, Anwendung des „höchsten Strafmaßes“ gegen Faschisten usw. Diese Forderungen werden nicht von Kommunisten, nicht von revolutionären Arbeitern

aufgestellt, sondern von denjenigen, die die von sozialdemokratischen Führern einberufenen Versammlungen besuchen. Doch die sozialdemokratischen Führer denken nicht daran, auch nur eine der erhobenen Forderungen zu verwirklichen.

Doch auch der Einfluß der Kommunistischen Partei ist im Wachsen begriffen, ebenso die Aktivität und revolutionäre Arbeit der linken Gewerkschaften.

Die allgemeine Versammlung des linken Gewerkschaftskartells in Windau, dem sämtliche gewerkschaftlich organisierten Windauer Arbeiter angeschlossen sind, verlangt am 30. Januar von der linken Regierung

„sofortige Regelung der Wirtschaftsbeziehungen zur USSR, Einschränkung der zwecklosen Verschwendung von Mitteln für die übermäßig große Armee, für Polizei, Geheimpolizei, Gefängnisse usw., die immer noch der Knechtung der Arbeiter dienen. Gleichzeitig verlangen wir von der linken Regierung aufs entschiedenste: Entfernung der faschistisch gesinnten Führer der Armee, Liquidierung der „Aissargi“, der „Vaterlandswächter“, des Nationalen Klubs u. a. reaktionärer Organisationen. Zur Verteidigung der Demokratie hat die Regierung die wahren Machtmittel in die Hand zu nehmen, so Geheimpolizei, Polizei usw. Die Vertreter der Arbeiterdemokratie dürfen nicht verhaftet, die der Arbeiterjugend so notwendigen Kulturorganisationen nicht geschlossen werden. Politische Amnestie und Pressefreiheit für Arbeiter. Die Tätigkeit der heutigen linken Regierung beweist, daß die Sozialdemokraten ihre während der Sejm-Wahlen gegebenen Versprechen nicht nur nicht einlösen, sondern im Gegenteil die Arbeiterpresse schonungslos verfolgen, die einzige Zeitschrift der linken Gewerkschaft, „Darba Weeniba“, beschlagnahmen und Kulturvereine der Arbeiterjugend schließen. Daher glauben wir den sozialdemokratischen Führern nicht. Wenn die Dinge auch weiter so gehen wie bisher, so wird die Arbeiterklasse genötigt sein, gegen die heutige Regierung als eine Regierung der Knechtung zu kämpfen. Daher fordert die Versammlung alle Arbeiter auf, zum Schutze ihrer Rechte, der Organisations-, Presse-, Wort- und Versammlungsfreiheit, enger ihre Reihen zu schließen.“

Aehnliche Resolutionen wurden auch von anderen linken Organisationen gefaßt. Das linksgewerkschaftliche Organ „Jauna Darba Weeniba“ teilt in seinem Heft 2 mit, daß auch Arbeitslose sich an des Rigaer Zentrale Gewerkschaftsbüro (linksgewerkschaftlich) wenden, weil die Tätigkeit ihrer heutigen sozialdemokratischen Führer sie nicht mehr befriedigt.

Um die unaufhaltsam nach links sich entwickelnden Massen zu halten, bequemt sich die „Sozialdemokrats“ in ihrem Leitartikel vom 15. März zu revolutionären Worten:

„Die bürgerliche Reaktion versteht sehr wohl, daß die revolutionäre Ebbe vielleicht bald ihr Ende erreichen und eine neue, vielleicht entscheidende revolutionäre Flut wieder aufsteigen wird. . . .“

Diese verlogenen hochtrabenden Worte im Munde sozialdemokratischer Führer sind nur eine Widerspiegelung der Radikalisierung der Massen, doch die Sozialdemokratie versteht nicht, daß sie nicht nur gegen die Bourgeoisie, sondern auch gegen sie selbst, gegen die Sozialdemokratie, gerichtet ist, die, wie der 5. Kominternkongreß es ausgesprochen hat, „schon seit langem einen Verwandlungsprozeß vom rechten Flügel der Arbeiterbewegung zum linken Flügel der Bourgeoisie, manchenorts zu einem Flügel des Faschismus, durchmacht“. Diese Definition ist in ihrem vollen Umfange und ganz besonders auf die lettische Sozialdemokratie anwendbar.

Unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise und des heranreifenden faschistischen Umsturzes, im Kampf gegen die Organisation dieses Umsturzes,

unter dem Druck der von unten entstehenden und von der Sozialdemokratie bekämpften einheitlichen Kampffront der revolutionären Arbeiter mit den sozialdemokratischen und kleinbürgerlichen Schichten von Stadt und Land, unter dem Druck dieser geschlossen kämpfenden Massen auf die sozialdemokratische Bürokratie und die sozialdemokratischen Minister, wurde die sozialdemokratische Regierung Lettlands gezwungen, mit der USSR über den Abschluß eines Garantievertrages Verhandlungen anzuknüpfen und die Hauptpunkte dieses Vertrages bereits zu paraphieren. Doch ist die revolutionäre Massen-Arbeiterbewegung in Lettland noch nicht stark genug, um den erfochtenen Sieg behaupten zu können, d. h. um die sozialdemokratische Regierung, trotz des Druckes Englands, trotz des Geheuls der Agrarbourgeoisie, der Bankkreise und des immer frecher werdenden faschistischen Gesindels zur endgültigen Unterzeichnung des Garantie- und des Handelsvertrags mit der USSR sowie zu seiner Durchführung zu zwingen. Daher kann die Lösung der Frage über Herstellung enger Wirtschaftsbeziehungen zwischen Lettland und der USSR, besonders im Hinblick auf den vorbereiteten faschistischen Umschwung, den unerwartetsten Zwischenfällen ausgesetzt sein.

M.:

CONNOLLY UND DER OSTERAUFGSTAND IN IRLAND

Am Ostermontag des Jahres 1916 marschierte James Connolly an der Spitze der Arbeiterwehr von Dublin aus, um sich mit den im Aufstande gegen den britischen Imperialismus befindlichen irischen Republikanern zu vereinigen. Zum ersten Male in der Geschichte Irlands stellte sich die Vorhut der irischen Arbeiterklasse an die Spitze des nationalen Kampfes. In der Geschichte Irlands hatte es vorher viele Aufstände gegeben. Manches Jahrhundert war verflossen, seit die Engländer ihre Macht über Irland aufgerichtet hatten, und das irische Volk hat in immer erneuten Aufständen versucht, seine Fesseln zu sprengen. Dies jedoch war eine ganz neue Erscheinung. Soweit an den vorangegangenen Aufständen die Arbeiterklasse Irlands teilgenommen hatte, war sie im nationalen Kampfe untergetaucht, bei dieser Gelegenheit aber zeigte sich die irische Arbeiterklasse als Führer der Aktion.

Connolly war ein irischer Sozialist mit weitreichenden Erfahrungen. Er hatte viele Jahre lang in England, Schottland und Amerika in der sozialistischen und in der Gewerkschaftsbewegung gearbeitet. Er war ein Arbeiter niedrigster Kategorie gewesen, der sich aber für viele Aufgaben ausgerüstet hatte. Jahrelang hatte er als Straßenfeger gearbeitet und doch das Buchdruckergewerbe erlernt und war zu einem der mächtigsten Schriftsteller in der sozialistischen Bewegung und in der Arbeiterbewegung geworden. Mit James Larkin legte er den Grundstein der irischen Arbeiterbewegung und wirkte als Pionier für den Sozialismus mit einer Zielsicherheit, die für jeden Arbeiter, dem seine Geschichte bekannt ist, ein aufmunterndes Beispiel bildet.

Aber seine Arbeit für den Sozialismus war bis dahin nur wenigen bekannt, und der Sozialismus als eine politische Kraft in Irland war außerordentlich

schwach. Erst durch die großen Arbeitskämpfe des Jahres 1913, die Connolly und Genosse Larkin gegen die Industriemagnaten von Dublin führten, wurde sein Name unter den Massen weit bekannt, aber sogar damals dachte man kaum daran, den Gedanken des Sozialismus dem nationalen Kampfe Irlands gleichzusetzen. Es war die kühne Handlung Connollys am Ostermontag 1916, die den Beweis erbrachte; daß er die Beziehungen zwischen dem Klassenkampfe und dem nationalen Kampfe gegen den Imperialismus verstand, wie sie wenige in der sozialistischen Bewegung begriffen. Es ist in der Tat keine Uebertreibung, zu sagen, daß Connolly viele Jahre lang unter den britischen Sozialisten durch sein gründliches Verstehen dessen, wie diese Kämpfe miteinander in Verbindung gebracht werden müssen, allein stand. Es heißt, daß er, als er in halbtotem Zustande ins Hospital gebracht wurde, den Ausspruch tat: „Die Sozialisten werden niemals verstehen, warum ich hier bin.“ Dieser Aufschrei enthüllt, daß er sich seiner Isoliertheit bewußt war. Die Sozialisten sprachen von ihm als von einem, der vom Geiste des Nationalismus durchtränkt sei, usw. Sie sprachen von Internationalismus und machten diesen zu einer Ausrede dafür, daß sie im Kampfe Irlands gegen den britischen Imperialismus nichts unternahmen. Nicht so Connolly! Er vereinigte die Fragen in volkstümlicher Form und brachte seine Gedanken so einprägsam zum Ausdruck, daß die Arbeiter es verstehen konnten. Er erklärte in „The Workers Republic“ („Die Arbeiterrepublik“) vom 18. Dezember 1915:

„Wir können uns ein freies Irland nicht mit einer unterworfenen Arbeiterklasse vorstellen. Wir können uns ein unterworfenes Irland nicht mit einer freien Arbeiterklasse vorstellen. Wir glauben nicht, daß das Bestehen des Britischen Reiches mit der Freiheit und Sicherheit der irischen Arbeiterklasse vereinbar ist.“

Aber anfangs April, als der Beschluß gefaßt wurde, die grüne Flagge über Liberty Hall (Freiheitshalle), dem Hauptquartier des Irischen Transportarbeiterverbandes, zu hissen, schrieb er:

„Wo könnte diese grüne Flagge mit größerem Recht flattern als über der unbesiegten Feste der irischen Arbeiterklasse, Liberty Hall, der Festung der kämpfenden Arbeiterklasse? Wir sind ausgezogen in den Kampf: Irland für die Iren. Aber wer sind die Iren? Nicht die Wohnhöhlen vermietenden Grundbesitzer, nicht die kapitalistischen Schinder und Antreiber, nicht die glatten und scheinheiligen Anwälte, nicht die feilen Zeitungsleute, die gemieteten Lügner des Feindes, nicht das sind die Iren, von denen der Kämpfer abhängt, nicht diese, sondern die irische Arbeiterklasse, der einzige sichere Grund, auf dem eine freie Nation errichtet werden kann. Die Sache der Arbeiterschaft ist die Sache Irlands! Die Sache Irlands ist die Sache der Arbeiterschaft! Sie können nicht voneinander geschieden werden. Irland strebt nach Freiheit; die Arbeiterschaft strebt danach, daß ein freies Irland der alleinige Herr seines Geschickes sei, der höchste Besitzer aller Schätze in und auf seinem Grund und Boden. Die Arbeiterschaft strebt danach, die freie irische Nation zum Hüter der Interessen des Volkes Irlands zu machen, und um dieses Ziel zu erreichen, würde es diese freie irische Nation mit allen Eigentumsrechten, im Gegensatz zum Einzelbesitz, ausstatten. Wenn wir der Nation eine derartig hohe und heilige Funktion zuweisen, ist es dann nicht angebracht, daß wir, die Arbeiterklasse, für die Befreiung der Nation von der Fremdherrschaft kämpfen als für eine Voraussetzung der unserer Klasse notwendigen Entwicklung der nationalen Kräfte?“

Das war sein Gedanke über die Beziehungen zwischen dem Klassenkampfe und dem nationalen Kampfe, aber er war sich ebenso klar über die Notwendigkeit, die Imperialisten mit anderen Mitteln zu bekämpfen als nur mit Redensarten. Für ihn stand es fest, daß die Zeit für den Aufstand in Irland jene Zeit war, in der Großbritannien an anderen Fronten im Kriege stand.

Vom Beginn des imperialistischen Krieges im Jahre 1914 an beseelte Connolly nur die eine schreckliche Angst, daß der Krieg zu einem Abschluß kommen könnte, ohne daß sich Irland in einem Aufstande erhoben hätte. Von dem Augenblicke seines Ausbruches an ging er daran, mit unermüdlicher Energie zu arbeiten und Kräfte um sich zu sammeln für den Augenblick, wo der Aufstand unternommen werden konnte. Bereits am 15. August 1914 schrieb er:

„Die Zeit ist jetzt reif, nein, die Notwendigkeiten der Stunde fordern gebieterisch die Bildung eines Komitees aller Elemente sowohl außerhalb wie innerhalb der Reihen der Freiwilligen, um die Mittel zu erwägen, wie Irland und die Lebensmittel Irlands für das irische Volk einzunehmen und zu halten seien. Wir vom Transportarbeiterverband und von der Arbeiterwehr sind zu jeglicher Zusammenarbeit auf diesem Gebiete bereit. Wir können zu dieser Zusammenarbeit die Hilfe von eingeeübten und geschulten Leuten beitragen, wir können zu ihr die herzlichsten Bemühungen von Männern und Frauen beitragen, die zu Tausenden bewiesen haben, daß sie wissen, wie sie sich dem Gefängnisse und dem Tod gegenüber zu verhalten haben; und wir können zu dieser Zusammenarbeit die Dienste von Denkern und Organisatoren beitragen, die wissen, daß verschiedene Gelegenheiten verschiedene Formen der Taktik fordern, daß man revolutionäre Aktionen nicht gesetzmäßig gestalten und daß Kühnheit allein in einer Krise dieser Art Erfolg erzwingen kann.“

Der 24. April 1916 hat bewiesen, daß Connolly und seine Kräfte die Kühnheit und den Mut besaßen, das Wagnis zu unternehmen. Der irische Aufstand wurde niedergeschlagen. Connolly und mehrere seiner Gefährten wurden im Auftrage einer aus Liberalen und Mitgliedern der Arbeiterpartei bestehenden Regierung erschossen. Arthur Henderson, der gegenwärtige Sekretär der Britischen Arbeiterpartei, war ein Mitglied jenes Kabinetts und erhob kein einziges Wort des Protestes. Sein Beispiel wurde nicht nur von der Britischen Arbeiterpartei befolgt, sondern auch von jenen, die mit der Führung der Irischen Arbeiterpartei betraut waren. Eingeschüchtert durch das Schicksal des Revolutionärs Connolly und seiner tapferen Kämpferschar, schreckten sie sogar vor einem Protest gegen seine Hinrichtung zurück.

Von diesem Tage an trat die Arbeiterbewegung Irlands im nationalen Kampfe in den Hintergrund, und als die nationalen Kräfte später wieder einen Aufstand unternahmen, tauchte die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung unter und war nicht deren Führer. In den Streitigkeiten, die die irische Arbeiterbewegung kennzeichnen, seitdem der neue Vertrag von 1922, mit dem die irische Bourgeoisie ein Kompromiß mit dem britischen Imperialismus durch die Errichtung des Irischen Freistaates abschloß, haben sowohl die irische Bourgeoisie wie die britische Bourgeoisie bewiesen, was sie aus ihren Erfahrungen in der Revolution gelernt hatten. Und als der Sozialismus Connollys die Reihen der irischen Republikaner zu durchdringen begann und neue Führer aufzutauchen begannen, ließ die Regierung des Irischen Freistaates Lean Mellows und seine Gefährten mit der gleichen Rücksichtslosigkeit niederschließen, mit der die britische Regierung Connolly hatte hinrichten lassen.

Irland muß seine revolutionäre Arbeiterpartei erst noch hervorbringen. Aber sie wird kommen. Und wenn sie kommt, wird sie einen reichen Schatz revolutionärer Wissenschaft und revolutionären Verstehens in den Werken Connollys finden, während der Osteraufstand von 1916 auf den Weg des Befreiungskampfes Irlands gegen den britischen Imperialismus das hellste Licht wirft.

W. MITZKEWITSCH-KAPSUKAS: ZEITSCHRIFTEN

„Zihnas Beedrs“ („Der Kampfgenosse“), Organ der KP Lettlands, Nr. 1 (41) 2, (42), Januar-Februar 1927, 128 u. 137 Seiten, kleines Format, in lettischer Sprache.

„Der Genosse“, Organ des ZK und des Lettgallischen Bezirkskomitees der KP Lettlands, Nr. 1/2, Januar-Februar 1927, 64, 54 Seiten, kleines Format, in russischer Sprache.

„Zihnas Beedrs“ erscheint als theoretische Monatsschrift der KPL bereits seit 1920.

Die Herausgabe des „Genossen“ hat erst anfangs 1927 begonnen. Dies ist das Propagandaorgan des ZK der KPL und des Lettgallischen Bezirkskomitees, das sich die politische Aufklärung jener breiten Massen von Werktätigen Lettlands und in der Hauptsache Lettgallens zur Aufgabe macht, die infolge Unkenntnis der lettischen Sprache nicht imstande sind, die bisher erschienenen periodischen Schriften der KPL in vollem Maße auszunützen; es handelt sich also in der Hauptsache um die Aufklärung der werktätigen Massen der russischen, weißrussischen und jüdischen nationalen Minderheiten Lettlands.

Diese vier Nummern der beiden Organe des ZK der KP Lettlands bieten ein ziemlich vollständiges Bild der wirtschaftlichen und politischen Lage Lettlands und beleuchten die wichtigsten Fragen der internationalen Politik; besondere Aufmerksamkeit wird der USSR und der KP der Sowjetunion zugewandt und gegen die Opposition in der KP der Sowjetunion wird ein entschiedener Kampf geführt. Darin kommt unbedingt die Stärke dieser Organe zum Ausdruck. Ihre Schwäche besteht in einer unzureichenden Widerspiegelung des Lebens der KPL.

Mit der wirtschaftlichen Lage Lettlands beschäftigt sich im „Zihnas Beedrs“ ein Aufsatz des Genossen Ronis, mit der Arbeitslosigkeit ein Aufsatz des Genossen Mischke. Aus dem ersteren ersehen wir, daß die wirtschaftliche Lage Lettlands eine überaus schwierige ist. Die Handelsbilanz ist während der ganzen Zeit eine passive (das Passivum betrug im Jahre 1925 101,4 Millionen Lats, im Jahre 1926 72,2 Millionen), wodurch die Zahlungsbilanz Lettlands wie auch der Kurs des lettischen Lat bedroht erscheint. Ausgeführt werden in der Hauptsache Produkte der Land- und Forstwirtschaft — Flachs, Butter, Holz. Dies weist auf den agrarischen Charakter der Volkswirtschaft Lettlands hin; gegen 80 Prozent der gesamten Bevölkerung beschäftigen sich mit Landwirtschaft. Die herrschenden Klassen Lettlands verhindern bewußt die industrielle Entwicklung Lettlands, um so das Anwachsen der revolutionären Arbeiterklasse zu vermeiden. Das Vorkriegsniveau der Getreideproduktion ist noch nicht erreicht. Infolge der schlechten Ernte im Jahre 1926 wurde noch weniger Getreide gewonnen als im Jahre 1925. Der Viehbestand hat immerhin schon das Vorkriegsniveau überschritten. Die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter hat sich von 1920 bis 1925 von 21 213 in 1430 Betrieben auf 48 905 in 2839 Betrieben erhöht (im Durchschnitt waren in einem Betriebe im Jahre 1920 14,8 Personen, im Jahre 1925 17,6 Personen beschäftigt). Im Jahre 1926 kam die Zunahme der Zahl der Industriearbeiter zum Stillstand. Infolge Fehlens von Außenmärkten und der geringen Kaufkraft der Bevölkerung kann das Vorkriegsniveau der Industrie bei weitem nicht erreicht werden; in der letzten Zeit macht die lettländische Industrie wiederum eine schärfere Krise durch; viele Unternehmer haben ihre Belegschaften verringert. Genosse Mischke schreibt in seinem Aufsatz über die Arbeitslosigkeit, daß diese im Herbst des vergangenen Jahres eine schnellere Entwicklung gezeigt habe als in den früheren Jahren.

„In Libau schränken alle größeren Unternehmen den Betrieb ein und entlassen Arbeiter. . . . In den Eisenbahnwerkstätten arbeiteten früher annähernd 1200 Arbeiter, jetzt gegen 900, . . . in der Drahtfabrik von Böker waren früher 1300 Arbeiter beschäftigt, gegenwärtig 800. . . . Dabei wird in allen größeren Industriebetrieben Litauens nur drei bis vier Tage in der Woche gearbeitet.“

Die Arbeitslosigkeit nimmt auch in Windau und in Riga zu. Wenn der „Sozialdemokrat“ im Frühjahr 1925 in Lettland an 14 000 bis 15 000 Arbeitslose zählte, so dürfte die Zahl derselben in diesem Frühjahr „bedeutend höher“ sein.

Die Hauptursache der Krise erblickt der Verfasser in der mangelnden Regulierung der wirtschaftlichen Beziehungen zur USSR, da Lettland Absatz für seine Industrie-

erzeugnisse hauptsächlich in der USSR finden kann. Die lettländische Bourgeoisie fürchtet jedoch eine Annäherung an die USSR. Aber auch das ausländische Kapital übt einen starken Druck auf sie aus.

Lettland ist jetzt schon im Begriff, sich in eine Kolonie der großen kapitalistischen Mächte zu verwandeln. 51,8 Prozent des gesamten Grundkapitals der lettländischen Banken gehört dem Auslandskapital. Das letztere spielt im Leben Lettlands eine gewaltige Rolle, u. a. auch in der faschistischen Kampagne, die gegenwärtig in Lettland vorbereitet wird.

Die schwere Krise, die sich besonders stark gegen Ende des Jahres 1926 in Lettland fühlbar machte*, veranlaßte im Dezember 1926 die Regierung der agrarischen Partei — Albering-Ulmanis zurückzutreten und das Ruder den Sozialdemokraten zu überlassen. Die sozialdemokratischen Führer sollen nun Lettland durch einen Druck auf die Arbeiterklasse und die werktätige Bauernschaft vor dem Bankrott retten; „mit Ehren“ erfüllen sie nun diese Pflicht.

Einen interessanten Aufsatz über „den neuen Kurs in Lettland“ bringt Genosse Stutschka. Dieser „neue Kurs“ kommt in der Tatsache zum Ausdruck, daß im Dezember vorigen Jahres in Lettland eine „zur Hälfte oder selbst zu zwei Dritteln sozialdemokratische Regierung“ gebildet wurde (annähernd um die gleiche Zeit wurde in Finnland eine gänzlich sozialdemokratische Regierung gebildet, während in Litauen der faschistische Umsturz erfolgte). Es erweist sich jetzt, daß gleichzeitig mit dem faschistischen Umsturz in Litauen auch ein solcher in Lettland erwartet wurde. Die lettländischen Zeitungen schrieben in der zweiten Hälfte des Dezember: In Litauen wundert man sich, daß in Riga noch kein faschistischer Umsturz stattgefunden hat. In Lettland ist aber der Boden für einen Umsturz noch nicht genügend vorbereitet.

Die erste Tat der neuen sozialdemokratischen Regierung Lettlands war die Ueberführung von 50 linksstehenden (oder kommunistischen) Arbeitern nach der USSR im Austausch gegen dort verurteilte lettländische Spione und Weißgardisten. Darin bestand „die Amnestie“ der sozialdemokratischen Regierung. Bezüglich ihrer Wahlplattform erklärten die Sozialdemokraten in ihrem Organ von vornherein:

„Programme bleiben stets deshalb auf dem Papier, weil sie nicht ernst genommen werden. . . . Das Programm der sozialdemokratischen Regierung bleibt ebenfalls auf dem Papier.“

Dieses blieb denn auch wirklich auf dem Papier. Der Autor spricht davon, daß die sozialdemokratische Regierung die für sie jetzt so günstigen Bedingungen ausnützen könnte; zu diesem Zwecke müßte sie wenigstens die minimalen Forderungen der Arbeiter, der ärmsten Bauern und der nationalen Minderheiten befriedigen. Genosse Stutschka zweifelt sehr daran, daß sich „in dem farblosen sozialdemokratischen ZK Leute finden dürften, die politisch fähig sind, das Donnern der feindlichen Kanonen und Maschinen-gewehre zu vernehmen“.

Im Hinblick auf die gegenwärtige Lage weist Genosse Stutschka auf folgende Aufgaben der KPL und der linksstehenden Arbeiter hin: Kampf um die Gewinnung der Masseu, gesteigerter Kampf um die Einheitsfront der Arbeiterklasse, Schaffung von Organisationen der werktätigen Massen in Stadt und Land, Hineinziehung neuer Massen in die Gewerkschaften, Kampf gegen den Faschismus; hierbei betont Genosse Stutschka noch einmal den Gedanken, der von ihm vor 1½ Jahren in der Broschüre „Ueber die Demokratie zur Sowjetgewalt“ zum Ausdruck gebracht wurde:

„Das bedeutet keineswegs — so erläutert Genosse Stutschka —, daß wir uns von der Losung der proletarischen Diktatur abkehren, es bedeutet jedoch, daß diese Losung erst dann zu verwirklichen ist, wenn endgültig die näherstehende Losung der bürgerlichen Demokratie verwirklicht ist und wenn die Kommunisten sich auch in dieser Richtung die Mehrheit des werktätigen Volkes erobert haben.“

Dieser Standpunkt des Genossen Stutschka scheint uns nicht richtig; denn der als offene Diktatur der Bourgeoisie in der Periode des sich auflösenden Kapitalismus, des verschärften Klassenkampfes und des Kampfes des Proletariats um die Macht auftretende Faschismus zeugt ja gerade damit von der Ohnmacht der bürgerlichen Demokratie unter den gegenwärtigen Bedingungen. Hier nähern wir uns jener Frage, die überall da,

* Genosse Ronis weist unter anderem darauf hin, daß im Jahre 1924 56 466 Wechsel im Betrage von 18 387 000 Lats zu Protest gingen, im Jahre 1925 dagegen 112 594 Wechsel im Betrage von 35 361 000 Lats, im Jahre 1926 „eine noch bedeutend größere Menge“.

wo der Faschismus schon triumphiert, sich in ihrem ganzen Umfange allen Parteien präsentiert, nämlich: müssen unsere Parteien einen Kurs auf den Uebergang vom Faschismus zum Sozialismus über die Etappe der bürgerlichen Demokratie halten oder kann es nur einen Weg geben — den Sturz der faschistischen Diktatur durch die proletarische Revolution. Wir glauben, daß der zweite Weg richtig ist, unter welchen Teillosungen wir das Proletariat für die Erreichung dieses Zieles auch mobilisieren mögen.

Beiläufig wird in diesem Aufsatz auch eine andere Frage berührt, nämlich die Frage der Möglichkeit eines Anschlusses Lettlands an die USSR, selbst in dem Falle, wenn Lettland es zurzeit nicht wünschte, „den Weg der Expropriation seiner Bourgeoisie zu betreten“. Hier zitiert Genosse Stutschka eine Stelle aus dem Aufsätze des Genossen Knorin, der anlässlich der erschienenen Broschüre des „linken“ lettländischen Sozialdemokraten Mender geschrieben wurde.

„Davon könnte gesprochen werden — so lesen wir bei Genossen Knorin —, wenn Lettland im Interesse der Stärkung des lettländischen Proletariats sich dem System des Außenhandelsmonopols der USSR anschloße, was ihm ein Uebergewicht gegenüber der westeuropäischen Industrie geben und einen freien Markt im Osten erschließen würde; wenn Lettland sich dem Transportnetz der USSR mit all seinen Eisenbahnen und Häfen anschloße, die dadurch eine schnelle Belegung und Entwicklung erführen, wenn Lettland die Arbeitsschutzgesetzgebung der USSR annähme, wenn Lettland seiner Arbeiterklasse die vollkommene Koalitions- und Organisationsfreiheit garantierte. Wenn irgendeinem der lettländischen Sozialdemokraten die Interessen des lettländischen Proletariats am Herzen lägen, wenn einer von ihnen eine Außenpolitik nicht im Interesse einer „unbekannten“ „konterrevolutionären“ „Zukunft“, sondern im Interesse der Arbeiterklasse führen wollte, so müßte er diesen Weg gehen. Aber weder Fr. Mender noch irgend jemand anders von den sozialdemokratischen Herrschaften ist dazu imstande.“

Genosse Stutschka bemerkt hier mit Bedauern, daß „diese Möglichkeit noch wie eine Utopie klingt“, da im gesamten ZK der Sozialdemokratie sogar für den Nichtangriffsvertrag mit der USSR sich nur zwei Mitglieder ohne Vorbehalt ausgesprochen haben. Erst später begannen sie ihren Standpunkt zu ändern, augenblicklich aber schwanken sie noch. Uns scheint, daß „diese Möglichkeit“ wie eine Utopie klingt und klingen wird, solange überhaupt die Bourgeoisie oder deren treue Agenten, die Sozialdemokraten, am Ruder sein werden. Stutschka führt den Beweis, daß eine Annäherung an die USSR, der Abschluß eines Vertrages mit derselben unbedingt im Interesse Lettlands liege, daß aber die Führer der Sozialdemokratie sich auch dazu nicht entschließen.

„Hier wirkt — so sagt Genosse Stutschka — ein versteckter Einfluß auf gewisse Kreise und nicht nur die Angst vor dem Kommunismus.“ „Die Arbeiterklasse muß den neuen Kurs selbst bestimmen; mit Zustimmung der Sozialdemokratie, wenn diese sich dazu herbeiläßt, oder gegen sie und über ihren Kopf hinweg, wenn sie ihre Zustimmung nicht gibt.“

In der zweiten Nummer des „Genossen“ finden wir einen Aufsatz des Genossen Mischke: „Die sozialdemokratischen Führer und der Faschismus in Lettland“; aus demselben ersehen wir, daß die sozialdemokratischen Führer Lettlands den Ernst des Augenblicks absolut nicht erfassen. Während die Faschisten Lettlands alle Vorbereitungen für einen Umsturz um die Mitte des Januar trafen, selbst an dem Tage, als die Faschisten in Wolmar den Putsch in Szene setzten, bezeichnete der „Sozialdemokrats“, das Zentralorgan der Sozialdemokratie, in ironisierender Weise einen zu erwartenden faschistischen Umsturz als den „Umsturz eines grauen Katers“, und bemerkte, daß die Redensarten von einem faschistischen Umsturz „nicht einmal des Ausspeiens wert seien“. Als aber der Wolmarer Putsch bekannt wurde, da warfen sich die sozialdemokratischen Führer in eine kriegerische Pose und versicherten dem Proletariat Lettlands, daß die Faschisten, selbst wenn Versuche zu einem faschistischen Umsturz möglich seien, in Lettland niemals siegen werden. Ein faschistischer Umsturz in Lettland sei nicht zu befürchten. Als Beweis hierfür wurde u. a. angeführt, daß Lettland ein kultivierteres Land sei als Litauen, daß die proletarischen Organisationen in Lettland stärker seien, daß die Tradition von 1905 in Lettland noch lebendig sei usw. Sie lullen sich und die Arbeiterklasse damit ein, daß die Kräfte des lettländischen Faschismus schwach seien „fast ausschließlich nur eine kleine Gruppe von Hooligans aus dem Lettländischen Nationalen Klub“. „Den sozialdemokratischen Führern“ — so schreibt Genosse Mischke — „entgeht es vollkommen, daß der Faschismus auch in Lettland tiefere soziale Wurzeln besitzt“ und daß neben einer Gruppe von Bürgersöhnchen aus dem Nationalen Klub zum Bestande dieser Organisation lettländische Bankiers, Speku-

lanten und Hausbesitzer gehören, und außerdem auch andere faschistische Gruppen bestehen, die mit der Agrarbourgeoisie verknüpft sind. (Aissargi und andere.)

„Den sozialdemokratischen Führern entgeht es vollkommen, daß hinter den lett-ländischen Faschisten, ebenso wie hinter den litauischen, die Geldsäcke des imperialistischen Englands stehen“, das die USSR mit einem Kordon faschistischer Staaten zu umgeben trachtet. „Der Wolmarer Putsch hat, ebenso wie die faschistischen Umwälzungen in anderen Staaten, gezeigt, daß die maßgebende faschistische Macht in den leitenden Schichten der Armee zu suchen ist.“ „Die sozialdemokratischen Führer fürchten sich, den lett-ländischen Arbeitern zu sagen, daß der ehemalige Offizier der Kolttschak-Armee, der Kriegsminister der linken Regierung Lettlands, Bangerski, Armeebefehle von faschistischem Charakter herausgibt.“

Die sozialdemokratischen Massen beginnen jedoch die gefährliche Lage zu erkennen. Sie radikalisieren sich und fordern von ihren Führern — den sozialdemokratischen Ministern — die Entfernung der faschistischen Elemente aus der Armee und den staatlichen Institutionen, die Schließung der faschistischen Organisationen, ihrer Presse, die Anwendung „des höchsten Strafmaßes“ gegenüber den Organisationen des faschistischen Umsturzes. Es wird jedoch in dieser Beziehung nichts Ernsthaftes unternommen. Allein zwecks Ablenkung wurde eine faschistische Organisation, der Lett-ländische Nationale Klub, geschlossen. Gleichzeitig aber erfolgte die Verhaftung von linken Gewerkschaftern und Kommunisten. „Sozialdemokratische Führer schreien im Verein mit Faschisten von dem Lettland drohenden kommunistischen Umsturz.“ So werden an die Stelle der Faschisten Kommunisten gesetzt. In der letzten Zeit wurde sogar der Organisator des Wolmarer Putsches, Olin, freigesprochen, weil er sich in „unzurechnungsfähigem Zustande“ befunden habe; ebenso ist der Organisator der faschistischen Kampfverbände, Pone, freigesprochen worden. Gleichzeitig aber erfährt die Hetze und die Verfolgung der Kommunisten und linken Arbeiter eine Steigerung.

Nun noch einige Worte über das innere Leben der KPL. Bedauerlicherweise ist dieser Abschnitt überaus dürftig. Wir finden hier nur einen kleinen Aufsatz über die Tätigkeit der Opposition in der Rigaer Organisation der KPL.

„An der Spitze der Opposition — so lesen wir da — stehen Genossen, die seinerzeit in den leitenden Organen der Rigaer Organisation sich einer für die Partei unannehmbaren Taktik befleißigten. In der Frage der Einheitsfront — möglichst weitab von den sozialdemokratischen Massen. Der Vorbereitung der Genossen für eine individuelle Agitation und für die Durchführung dieser Agitation an den Arbeitsstätten wurde keinerlei Aufmerksamkeit gewidmet.

Ebensowenig wurde etwas getan für den Kampf um wirtschaftliche Forderungen und um Teilforderungen der Arbeiterklasse. Das hinderte sie jedoch keineswegs, eine gesteigerte Agitation auf wirtschaftlicher Grundlage unter den bei der Handelsvertretung der USSR beschäftigten Arbeitern zu führen, denn das war ja am allerleichtesten. Die Opposition lehnt auch die Reorganisierung der Partei nach dem Industrieprinzip ab. „Die Hauptarbeit in den Zirkeln der Rigaer Organisation bestand darin, Mitteilungen von oben entgegenzunehmen, einen Bericht über die internationale Lage usw.“ Diese Elemente wurden von der Leitung ausgeschlossen, blieben aber im Funktionärkörper der Partei und diskreditierten so das ZK und das neue Rigaer Komitee. „Die Diskreditierung der leitenden Organe führen die Genossen aus der Opposition systematisch, nach einem vorgefaßten Plane durch.“ Das ZK und das RK halten sie für eine geschlossene Clique und sind in ihren Kundgebungen mit ihren Ausdrücken nicht wählerisch. Die erdrückende Mehrheit der Rigaer Organisation steht auf einem richtigen Standpunkt; sie stellt sich als wichtigste Aufgabe — die endgültige Ueberwindung der Opposition.

Im allgemeinen machen die periodischen Schriften der KPL einen ziemlich guten Eindruck. Erforderlich ist, daß zur Mitarbeit auch mehr Arbeiter aus der Provinz herangezogen werden. Es ist auch zu wünschen, daß diese Schriften mehr das Leben der Partei widerspiegeln.

H. G.:
DIE GESELLSCHAFT*

Der neue Jahrgang beginnt mit zwei für den gegenwärtigen Stand der reformistischen Ideologie aufschlußreichen Nummern. Besonderes Interesse verdient der Artikel von Renner „Der Streit um die Demokratie“, in dem er seine Offensive gegen den Marxismus, die er auf dem Linzer Parteitag begonnen hat, fortsetzt. Er erscheint gleichzeitig mit einer anderen Arbeit Renners über die Demokratie, einem Artikel über die Wirtschaftsdemokratie im Januarheft des „Kampf“. Es muß einem besonderen Artikel vorbehalten werden, den Inhalt und Charakter der Diskussion über Demokratie in den letzten Monaten innerhalb der Sozialdemokratie zu analysieren. Hier nur soviel, daß Renner in diesem Artikel versucht, seine „juristische“ Methode, die ihn in seinem Artikel „Die soziale Funktion der Rechtsinstitute“ in den Marxstudien als waschechten Revisionisten zeigte, auf das Gebiet des Staatsrechts anzuwenden.

War seine Studie über die Institutionen des bürgerlichen Rechts ein schwächerer Versuch, die damals verbreitete These Stammers vom bestimmenden Einfluß der Rechtsordnung auf die Wirtschaft zu widerlegen, so ist er auf seinem heutigen Standpunkt eigentlich schon über Stammer hinausgelangt; er untersucht die Demokratie mit der Methode und den Mitteln des juristischen Formalismus, der nur verständlich wird im Zusammenhang mit dem „politischen Relativismus“, d. h. der politischen Charakterlosigkeit seiner akademischen Vertreter wie Kelsen.

Den größten Raum in Renners Artikel nehmen willkürliche Begriffsbestimmungen über Demokratie und Freiheit ein, in denen man vergeblich auch nur einen Hinweis auf die ökonomische Basis aller dieser Formen findet. Nach der bewährten bürgerlichen Methode: Rechtsgeschichte ohne Sozialgeschichte zu betreiben, schildert Renner die Entwicklung der Demokratie und des Einflusses der Massen auf die Gesetzgebung. Mit größter Empörung wehrt er sich gegen den Versuch, die Demokratie als kleinbürgerliche zu bezeichnen, oder gar als Mittel der Verkleisterung der Klassengegensätze zu betrachten. Derartige Dinge kommen ihm natürlich lächerlich vor.

Was er in der Demokratie sieht, ist nicht die Gleichheit des Rechts, sondern die „Teilnahme an der Rechtsschöpfung“ durch die verschiedenen Parteien als des Ausdrucks und des Mittels des Willens der Massen. „Mitteliberation“, also Miterwägung, aber nicht Mitentscheidung sind sein Ideal. Daher sieht er auch im Plebiszit eine Verfälschung der Demokratie. Bei dieser Idealisierung des parlamentarischen Mechanismus geht es aber nicht ohne erheiternde Geständnisse ab. So sagt er z. B.:

„Man braucht wahrhaftig nicht allzuviel parlamentarische Erfahrung der Beobachtungsgabe zu besitzen, um zu wissen, daß in den allermeisten Fällen das, wofür die Mehrheit stimmt, lange nicht mehr das ist, was sie in die Soll-Sätze ihres Programms oder Anträge als den ihr ureigenen Wunsch hineingeschrieben hat, ja, daß sie oft für das stimmt, was sie nicht wünscht.“

Diesen Satz sollte man im gegenwärtigen österreichischen Wahlkampf dem Herrn Bundeskanzler a. D. möglichst oft unter die Nase reiben, damit ihm das Vergnügen vergeht, schöne Worte über Wahlprogramme zu machen, von deren Nichtdurchführung er zumindest theoretisch überzeugt ist.

Was ihm ein besonderer Vorteil der Demokratie zu sein scheint, ist, daß die Entscheidung des Parlaments sich gewissermaßen außerhalb der Köpfe der Abgeordneten vollzieht. Natürlich nicht im Marxschen Sinne, sondern in einem echt österreichischen:

„Die Resolution der Mehrheit ist eine subjektive bloß in der Form der Äußerung, sie ist objektiv necessitiert (!): und das ausschlaggebende Motiv ist zumeist, ob und wie die Minderheit den Beschluß noch erträgt, ob und wie die Volksgesamtheit, die ja inzwischen mittelberiert hat, den Beschluß aufnimmt.“

Nach Uebersetzung dieser Fremdwörter in die allgemeine Umgangssprache versteht jeder Leser, daß es sich hier um eine Theorie für alle parlamentarischen Schweinereien der Welt handelt. Seine Ministererfahrung hindert den Herrn Bundeskanzler im Wartezustand nicht,

* Die Gesellschaft. Internationale Revue für Sozialismus und Politik. Herausgegeben von Dr. Rudolf Hilferding, 1927, Nr. 1 und 2.

in der Demokratie die Mehrheit an das Gesetz gebunden zu sehen und darin eine „Rechtswohltat für die Normunterworfenen“ zu sehen.

Seinem juristischen Gehirn hat sich auch seine Vorstellung vom Klassenkampf angepaßt: „Der Klassenkampf ist auf dem Boden des Rechts immer ein zweifacher: Kampf um das werdende und Kampf um das gewordene Recht, der erstere um die Gesetzgebung, der letztere um die Vollziehung. Der erstere ist rechtsbegründender, der letztere rechtsverfolgender Kampf. Beide sind in Formen und Mitteln verschieden.“

So enthüllt sich der ganze Sinn einer langen theoretischen Abhandlung: Rechtfertigung der Demokratie und des Parlamentarismus um jeden Preis.

„Der Wahlsieg und der Sieg in der parlamentarischen Abstimmung sind Siege im Klassenkampfe — der Sieg und das Verfahren, das zum Siege führt, erfordern beide viel Arbeit, viel Scharfsinn (!), Schlagfertigkeit, Wachsamkeit, Tüchtigkeit, sie erfordern vor allem einen zähen, geistigen (!) Kampf — aber sie fordern nicht Opfer an Gut und Blut, sie zerstören nicht die Wirtschaft und ihre Werte, die in jedem Falle des Siegers letzter Preis sein sollen! Der rechtsverfolgende Kampf des Gewerkschaftssekretärs, der Behörden und Gerichte in Anspruch nimmt, erfordert höhere persönliche Qualifikation als die „direkte Aktion“ des Vertrauensmannes — beide aber sind Klassenkampf.“

Der Sieg im Straßenkampf und in der Feldschlacht, der Sieg in der Revolution erfordert viel Mut und Tatkraft, Härte und Scharfsinn, Grausamkeit, Unerbittlichkeit und Ausdauer — gewiß revolutionäre, wenn auch nicht die höchsten menschlichen Tugenden, aber er vernichtet nicht nur Feinde, sondern auch Freunde, stört und zerstört das Wirtschaftsleben, wirft die Wirtschaft vielleicht um Jahrzehnte zurück und betrügt uns um den Preis des Sieges!

Klassenkampf das eine wie das andere: jener in zivilisierter, dieser in barbarischer Form!“

An diese Ausführung schließt sich noch ein Exkurs, der nachweisen soll, daß die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion in Wirklichkeit gar keine Diktatur ist, denn die Diktatur sei nur eine Zwischenperiode innerhalb der Demokratie. Dieser Artikel hat bald Wiederkäuer gefunden, insbesondere in Leon Blum.

In einem zweiten Artikel behandelt der bekannte englische Sozialist Brailsford „Die verlorene Schlacht der englischen Bergarbeiter“ und nimmt die Gelegenheit wahr, seine schon oft vorgetragene Theorie, in der er Cooks Temperament und die Unfähigkeit der rechten Führer des Generalrats allein für die Niederlage der Bergarbeiter verantwortlich macht, vorzutragen. Er wendet sich in seinem Artikel aber auch gegen den Versuch, die Niederlage der Bergarbeiter auszunützen zu einer Propaganda für Wirtschaftsfrieden und Klassenversöhnung. Er sieht die Lehre des englischen Bergarbeiterkampfes in der Notwendigkeit „wieder zur Politik zurückzukehren“.

Karl Kautsky tritt auf den Plan, um mit De Mans Intellektuellen-Sozialismus und Marxfälschungen „abzurechnen“. Sein seniles Produkt zeugt davon, daß die halbfaschistische Ideologie de Mans in den Kreisen der sozialistischen Intelligenz so starken Eindruck gemacht hat, daß man den alten Kautsky aus dem Museum holt, um mit De Man abzurechnen.

Das zweite Heft versucht dem Interesse für koloniale Fragen entgegenzukommen. Zunächst in einem Artikel von Illis, der eine konfuse Rassen-theorie des deutschen Faschisten Günther vom Standpunkt der „Gleichheit von allem, was Menschenantlitz trägt“, behandelt. Der Sozialimperialist Harold J. Laski behandelt „den britischen Staatenbund in seiner Gestalt von 1926“, d. h. die britische Reichskonferenz, wenn er auch als waschechter Imperialist die Schwächung der Vormachtstellung Großbritanniens bedauert, so hofft er doch, daß die Zugeständnisse an die Siedlungskolonie dem Imperium ein weiteres langes Bestehen ermöglichen werden. Ihm erscheinen die Beschlüsse der letzten Reichskonferenz wichtig, weil sie „ein interessantes Experiment für die Bildung von Nationalstaaten darstellen, die von dem Gift des Nationalismus als der Doktrin der absoluten Selbständigkeit weitgehend frei sind.“

In einem weiteren Artikel trauert der weibliche Kultusminister der dänischen Sozialistenregierung, Nina Bang, dem verlorenen Ministersessel nach. Ein Artikel über die Industrie in Dänemark und eine umfangreiche Bücherschau schließen dieses Heft ab.